



N i e d e r s c h r i f t

über die 17. Sitzung des Gemeinderates am Dienstag, 12. Dezember 2023, um 17:00 Uhr, im Kurhaus

Vorsitz:

Bürgermeister Dr. Christian Margreiter

anwesend:

1. Bgm-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Julia Schmid

2. Bgm-Stv. DI Dr. Werner Hackl, BSc.

StR Johannes Tilg, B.A.

StR Daniel Neuner

StRⁱⁿ Theresa Schatz

GRⁱⁿ Sabine Kolbitsch

GR Mag. Michael Schober

GR Florian Staudinger

Ersatz-GR DI (FH) Thomas Erbeznik

Vertretung für Herrn GR Dr.jur.
Christian Visintainer

GR Ing. Dieter Schirak

GRⁱⁿ Monika Bucher-Innerebner

GR Christoph Sailer

GR Benjamin Hinterholzer

GRⁱⁿ Manuela Pfohl, BScN MSc

Ersatz-GR Günther Schatz

Vertretung für Frau GRⁱⁿ Angelika
Sachers

GR Florian Katzengruber, BSc MA

Ersatz-GRⁱⁿ Anna Schramm

Vertretung für Frau StRⁱⁿ Barbara
Schramm-Skoficz

GR Michael Henökl

Ersatz-GR Andreas Hanel

GR Mag. (FH) Thomas Viertl

Vertretung für Frau GRⁱⁿ Irene Partl
ab TOP 2. anwesend

abwesend:

GR Dr.jur. Christian Visintainer	entschuldigt
StR ⁱⁿ Barbara Schramm-Skoficz	entschuldigt
Ersatz-GR Daniel Seiwald	Vertretung für Frau StR ⁱⁿ Barbara Schramm-Skoficz - entschuldigt
GR ⁱⁿ Angelika Sachers	entschuldigt
Ersatz-GR ⁱⁿ Mirjam Markl-Wagnleithner	Vertretung für Frau GR ⁱⁿ Angelika Sachers - entschuldigt
Ersatz-GR Samuel Pfohl	Vertretung für Frau GR ⁱⁿ Angelika Sachers - entschuldigt
Ersatz-GR ⁱⁿ Mag. ^a Sibel Bolat	Vertretung für Frau GR ⁱⁿ Angelika Sachers - entschuldigt
Ersatz-GR Bernd Leidlmair	Vertretung für Frau GR ⁱⁿ Angelika Sachers - entschuldigt
Ersatz-GR ⁱⁿ Marion Wille, MSc	Vertretung für Frau GR ⁱⁿ Angelika Sachers - entschuldigt
GR ⁱⁿ Irene Partl	entschuldigt
Ersatz-GR ⁱⁿ Ilse Stibernitz	Vertretung für Frau GR ⁱⁿ Irene Partl - entschuldigt
Ersatz-GR Karl-Ludwig Faserl	Vertretung für Frau GR ⁱⁿ Irene Partl - entschuldigt
Ersatz-GR ⁱⁿ Patricia Kalischnig	Vertretung für Frau GR ⁱⁿ Irene Partl - entschuldigt

Protokollunterfertiger:

Vbgm. Schmid und GR Staudinger

Schriftführer:

Stadtdirektor Dr. Bernhard Knapp

Bürgermeister Dr. Margreiter eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Tagesordnung

1. Raumordnungsangelegenheiten
 - 1.1. Änderung des Flächenwidmungsplanes (Nr. 87) betreffend Teilflächen der Grundstücke 15, 5/3 und 938, alle KG Hall, Bachlechnerstraße
2. Mittelfreigaben
3. Nachtragskredite
4. Auftragsvergaben
5. Liegenschaftsangelegenheiten der Hall AG/HALLAG Kommunal GmbH
6. Anträge zum Haushaltsplan 2024
7. Polytechnische Schule - Antrag auf Bewilligung der Stilllegung der Polytechnischen Schule
8. Musikschule - Zusatz zur Fördervereinbarung mit dem Land Tirol
9. Antrag von FPÖ Hall vom GR 03.10.2023 betreffend das Einfrieren sämtlicher Gebühren, die im Gebührengesetz 1957 geregelt sind
10. Beschluss über eine städtische Auszeichnung
11. Personalangelegenheiten
12. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Bgm. Margreiter wünscht allen Anwesenden einen schönen Adventabend. Er begrüßt alle zur Gemeinderatssitzung im Kurhaus. Er begrüßt insbesondere die anwesenden Gemeinderät*innen sowie die Vertreter der Beamtschaft – Herrn StADir. Dr. Bernhard Knapp und Herrn Stadtkämmerer Mag. Günther Schoiswohl. Sein Gruß gilt auch den Vertretern der Presse und den im Saal anwesenden Besucher*innen. Ebenso allen, die über Streaming entweder zeitgleich oder zeitversetzt die Sitzung mitverfolgen würden.

zu 1. Raumordnungsangelegenheiten

zu 1.1. Änderung des Flächenwidmungsplanes (Nr. 87) betreffend Teilflächen der Grundstücke 15, 5/3 und 938, alle KG Hall, Bachlechnerstraße

ANTRAG:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Hall in Tirol hat in seiner Sitzung vom 03.10.2023 die Auflage des von der Firma PLANALP Ziviltechniker GmbH, Karl-Kapferer-Straße 5, 6020 Innsbruck, ausgearbeiteten Entwurfes über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadtgemeinde Hall in Tirol vom 30.05.2023, Zahl 354-2023-00006, durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme beschlossen.

Während der Auflage- und Stellungnahmefrist ist keine Stellungnahme eingelangt.

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Stadtgemeinde Hall in Tirol gemäß § 68 Abs. 3 i.V.m § 63 Abs. 9 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 – TROG 2022, LGBl. Nr. 43/2022, idgF, die von gegenständlichem Entwurf der Firma PLANALP Ziviltechniker GmbH vom 30.05.2023, Zahl 354-2023-00006, umfasste Änderung des Flächenwidmungsplanes.

Der Entwurf sieht folgende Änderungen des Flächenwidmungsplanes der Stadtgemeinde Hall in Tirol vor:

Umwidmung

Grundstück 15 KG 81007 Hall

rund 14 m²

von Kerngebiet § 40 (3)

in

Sonderfläche standortgebunden § 43 (1) a, Festlegung Erläuterung: Öffentliche WC-Anlage

weitere Grundstück 5/3 KG 81007 Hall

rund 13 m²

von Kerngebiet § 40 (3)

in

Sonderfläche standortgebunden § 43 (1) a, Festlegung Erläuterung: Öffentliche WC-Anlage

weitere Grundstück 938 KG 81007 Hall

rund 36 m²

von Kerngebiet § 40 (3)

in

Sonderfläche standortgebunden § 43 (1) a, Festlegung Erläuterung: Öffentliche WC-Anlage

sowie

rund 7 m²

von Freiland § 41

in

Sonderfläche standortgebunden § 43 (1) a, Festlegung Erläuterung: Öffentliche WC-Anlage

Flächenangaben sind NICHT dem Grundbuch entnommen, sondern stammen von automatisierten GIS-Berechnungen.
Daher kann es zu Abweichungen der Flächen gegenüber Grundbuchsauszügen kommen.

BEGRÜNDUNG:

Es ist beabsichtigt, nach Abbruch des Bestandsobjektes und Formierung eines Bauplatzes einen Neubau für die Unterbringung einer öffentlichen WC-Anlage im Bereich der gegenständlichen Teilflächen der Grundstücke 938, 15 und 5/3 zu errichten.

Durch die vorgesehene Bauplatzkonfiguration kann der Neubau in offener Bauweise errichtet werden.

Zur raumordnungsrechtlichen Absicherung der geplanten Nutzung und zur Herstellung einer einheitlichen Bauplatzwidmung gem. § 2 Abs. 12 TBO 2022 ist gegenständliche Änderung des Flächenwidmungsplanes erforderlich.

FINANZIELLE FOLGEWIRKUNGEN:

Lt. privatrechtlicher Vereinbarung

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

zu 2. Mittelfreigaben

Es liegt kein Antrag vor.

zu 3. Nachtragskredite

Es liegt kein Antrag vor.

zu 4. Auftragsvergaben

Es liegt kein Antrag vorl.

zu 5. Liegenschaftsangelegenheiten der Hall AG/HALLAG Kommunal GmbH

Es liegt kein Antrag vor.

zu 6. Anträge zum Haushaltsplan 2024

ANTRAG:

1. Der Entwurf des Voranschlages 2024 ist vom 27.11.2023 bis 11.12.2023 zur öffentlichen Einsicht aufgelegt. Es wurden keine Einwendungen erhoben. Dieser vorliegende Voranschlag 2024 wird genehmigt.
2. Der Dienstpostenplan wird in der aufgelegten Form und nach den im Voranschlag vorgesehenen Personalkosten genehmigt.
3. Abweichungen von den Ansätzen des Voranschlages 2024 sind gemäß § 106 Abs. 1 TGO 2001, ab dem Betrag von EUR 100.000,- je Voranschlagswert, für die Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2024 zu begründen.

BEGRÜNDUNG:

Der Entwurf des Voranschlages 2024 ist vom 27.11.2023 bis zum 11.12.2023 im Sinne der einschlägigen Bestimmungen der Tiroler Gemeindeordnung zur Einsicht aufgelegt. Es wurden seitens der Bevölkerung keine Einwände eingebracht.

Zusammengefasste Wortmeldungen:

Bgm. Margreiter möchte sich zunächst beim Finanzverwalter bedanken, der diesen Voranschlag im Wesentlichen ausgearbeitet habe. Das sei natürlich ein entsprechender Aufwand, vor allem wenn man sich anschaue, wie dick dieser Voranschlag sei. Es sei heuer extrem schwierig gewesen, diesen Voranschlag so zu gestalten, dass zum Schluss eine „schwarze Null“ herauskomme. Hier wolle er zunächst für jene, die mit dem Thema nicht so vertraut seien, erklären, dass die Gemeinden verpflichtet seien, einen Voranschlag vorzulegen, der zumindest eine „schwarze Null“ zeichne und kein Minus aufweise. Man werde vielleicht den Medien entnommen haben, dass zum einen die wirtschaftliche Situation sich verschlechtert habe, möglicherweise auch eine Spätfolge der Corona-Problematik. Andererseits habe man es mit enormen Inflationsraten zu tun, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Diese Inflationsraten hätten dazu geführt, dass der Gemeindehaushalt im nächsten Jahr massiv belastet sein werde, insbesondere im Hinblick auf die gestiegenen Personalkosten. Bekanntlich habe es hier Lohnabschlüsse von ca. 9% zusätzlich gegeben, was für das Gemeindebudget bedeute, dass man hier an die EUR 2 Millionen mehr verwenden müsse. Andererseits seien auf der Einnahmenseite Einbrüche zu verzeichnen, mit welchen man in dieser Form nicht gerechnet habe. Man müsse damit rechnen, dass man ca. EUR 1 Million weniger an Steuereinnahmen lukrieren könne. Hier habe sich also ein Spannungsfeld von EUR 3 Millionen ergeben, welches zu überbrücken sei. Dazu sei zu sagen, dass die Gestaltungsmöglichkeiten eines Gemeindebudgets in diesem Zusammenhang sehr eingeschränkt seien. Es gebe Verpflichtungen der Gemeinde, welche sich aus dem Gesetz bzw. aus bestehenden vertraglichen Beziehungen ergeben würden. An denen könne man nicht rütteln. Es gehe also einerseits um die Gehälter für die rund 400 Bediensteten der Gemeinde, andererseits aber auch um die verpflichtenden Transferleistungen, welche an das Land zu erbringen seien. Diese Transferleistungen seien deutlich gestiegen, natürlich auch eine Folge der Inflation, da Kostensteigerungen im Gesundheitswesen und im sozialen Bereich zu verzeichnen seien. Das alles führe dazu, dass man bei der Budgeterstellung schauen müsse, wo man Schrauben ansetzten und etwas verändern könne. Es gebe zwei Möglichkeiten der Veränderung. Die eine sei

zu schauen, dass auf der Einnahmenseite mehr komme, die andere sei, auf der Ausgabenseite den Sparstift anzusetzen. Was die Einnahmenseite anlange, sei man begrenzt. Man könne nicht Gebühren und Abgaben, die in der Gemeindekompetenz stünden, in beliebiger Art und Weise erhöhen. Andererseits könne man, wie er schon vorher erwähnt habe, auch bei den Ausgaben nicht beliebig sparen. Das gehe nur in den freien Bereichen, wo es keine gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtungen gebe, Zahlungen zu erbringen; nur dort könne man den Sparstift ansetzen. Was ganz klar eine maximal unpopuläre Maßnahme sei. Es sei nicht fein und schön, wenn man Mittel, welche für die verschiedensten Zwecke zur Verfügung gestanden, aber nicht gesetzlich verpflichtend seien, streiche und unter Umständen Unterstützungen, welche sonst gewährt würden, nicht mehr - oder nicht mehr in dem Umfang - gewähren könne, wie es in der Vergangenheit möglich gewesen sei. Zu berücksichtigen sei, dass man mit diesem Budget auch einen Blick vorwärts, insbesondere in das Jahr 2025, werfen und etwa abschätzen müsse, wie sich die Situation da entwickeln werde. Diese Betrachtung sei insbesondere erforderlich in Hinblick auf die Rücklagen, welche man sich zurückbehalten wolle bzw. die man notwendigerweise bilden müsse. Diese Rücklagen könne man natürlich sofort angreifen und verbrauchen, woraufhin man aber in weiterer Folge Budgeterstellung unter Umständen überhaupt nicht mehr zu Wege bringen würde – wie es bei verschiedenen Gemeinden in Tirol jetzt schon der Fall sei. Dass man gerade den ordentlichen Haushalt mit einer „schwarzen Null“ budgetieren könne, sei Grundvoraussetzung für jede Arbeit und jedes Wirtschaften im Gemeindewesen. Es wäre also sehr unklug, Rücklagen einfach aufzulösen, um anströmende Begehrlichkeiten – wenn er das so nennen dürfe – zu erfüllen. Er habe versucht, die Vereine möglichst frühzeitig davon in Kenntnis zu setzen, dass die budgetäre Situation nicht so toll sei und man massive Einsparungen vornehmen müsse. Von diesen Vereinen her habe es natürlich entsprechende Reaktionen und Proteste gegeben. Er habe in Gesprächen mit Vereinen versucht, diesbezüglich um Verständnis zu werben. Er habe großes Verständnis für die Vereine, insbesondere für deren Funktionäre, dass diese versuchen würden, sich zur Wehr zu setzen. Das sei schließlich ihre Aufgabe. Sie hätten zu schauen, nach Möglichkeit zur Erfüllung ihres Vereinszwecks die nötigen Mittel zusammentragen zu können. Ein Teil dieser Mittel stamme natürlich häufig aus Subventionen der öffentlichen Hand, eben auch seitens der Gemeinde. Dem stehe auf der anderen Seite die Verantwortung der Mandatar*innen für die Gemeinde gegenüber, wo geschaut werden müsse, dass die Gemeinde wirtschaftlich gesund erhalten werde. Das sei natürlich ein Interessenskonflikt, welcher nicht einfach zu lösen sei. Es komme darauf an – und er appelliere auch entsprechend und sei durchaus auch auf Verständnis gestoßen –, dass diese schwierige Situation auch von den Vereinen mitgetragen werde, welche von Kürzungen betroffen seien. In dem Sinne, dass man in guten Zeiten zusammengestanden sei, und man in diesen leider nicht mehr so guten Zeiten eben auch zusammenstehen und schauen müsse, wo man Einsparungen machen und vielleicht auf andere Weise die nötigen Mittel lukrieren könne. Es sei nicht anders möglich, als hier verantwortungsbewusst zu agieren. Besonders erschwert werde die Situation auch dadurch, dass man bezüglich der Zahlen aus dem Finanzausgleich keine wirklich vernünftigen Ansätze bekommen habe, womit man tatsächlich rechnen könne. Als Beispiel: In den letzten Wochen habe es in den Medien die Bekanntgabe gegeben, dass auf die Tiroler Gemeinden weitere EUR 75 Millionen zufließen würden. Leider sei dieser Ankündigung bis jetzt noch keine konkrete Verständigung gefolgt, womit die Gemeinde Hall wirklich rechnen könne. Wenn er das „milchmädchenmäßig“ hochrechnen würde von EUR 75 Millionen auf rund 750.000 Einwohner in Tirol und das einwohnermäßig aufsplitte, würde das die Stadtgemeinde Hall mit rund EUR 1,4 Millionen treffen. Wenn es tatsächlich der Fall wäre, dass man als weitere freie Budgetmittel vielleicht in den nächsten Wochen oder Monaten diesen Betrag zugesagt bekäme, würde das ganz anders ausschauen. Dann könne man sich ganz anders bewegen und auch im Bereich

der Subventionen anders agieren, als es jetzt möglich sei. Wie bereits erwähnt, sei es eine sehr unangenehme Situation, jetzt ein Budget machen zu müssen, wo man sich an dem orientieren müsse, wo man Zusagen und verlässliches Zahlenmaterial zur Verfügung habe, mit dem man kalkulieren könne. Alles andere sei „Prinzip Hoffnung“. Deshalb liege nun ein Sparentwurf vor mit massiven Einschnitten in den verschiedensten Bereichen. Wobei man versucht habe, in Hinblick auf die wirklich vulnerablen Bevölkerungsgruppen einschneidende Veränderungen zu vermeiden; man versuche gerade in diesem Bereich, trotzdem hilfreich und unterstützend zu wirken. Er erinnere daran, dass sich der gesamte Gemeinderat gemeinsam dazu entschlossen habe, das „Wams“ zu retten, damit dieses weitergeführt werden könne. Es sei auch im Pflegebereich nicht möglich, Einsparungen - in keine Ahnung, welcher Höhe - vorzunehmen. Allein die Reinigung der Pflegeheime sei mit über EUR 300.000,- budgetiert. Diese Zahl könne man nicht ändern, weil diese Reinigung verpflichtend sei; das werde überprüft und müsse nachgewiesen werden aus hygienischen und sonstigen Gründen. Die Verhandlungen mit den Unternehmen, welche diese Reinigungen durchführen würden, seien äußerst schwierig, weil auch diese Unternehmen mit ordentlichen Kostensteigerungen konfrontiert seien. Beispielsweise sei der Kollektivvertrag für Reinigungspersonal mit rund 9% plus abgeschlossen worden. Die Bewegungsmöglichkeit sei hier äußerst gering. Das sei der Grund, dass man ein extrem unattraktives Budget zur Entscheidung vorliegen habe. Natürlich gebe es diverse Möglichkeiten zu sagen, dass man lieber etwas mehr habe. Wer mehr verlange, müsse dann aber auch darstellen, wo man entsprechend einspare oder die für eine derartige Erhöhung erforderlichen Mittel zusätzlich hereinspiele. Mit Sicherheit könne man sagen, dass es sich um eine andere Budgetsituation handle als in den vergangenen Jahren, was zur Folge haben werde, dass man im Jahr 2024 wesentlich öfter Anpassungen des Budgets vornehmen werde müssen. Man werde öfter Nachtragsbudgets beschließen, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen sei. Weil man hoffe, dass man die in Aussicht gestellten zusätzlichen Mittel dann auch tatsächlich zugeordnet bekomme und auf dieser Basis verschiedene Positionen neu bewerten könne. Heute beschließe man ein Budget, von dem er – wie wahrscheinlich alle – wissen würde, dass es nicht der Weisheit letzter Schluss sein werde. Was wäre die Alternative gewesen, die auch in den Sitzungen der Fraktionsführer*innen besprochen worden sei? Eine Möglichkeit sei gewesen, zu sagen, man beschließe heute kein Budget. Man schiebe das auf Jänner oder Februar auf. Das hätte große Nachteile. Der wesentliche Nachteil wäre - wenn bis Ende des Jahres kein Budget beschlossen werde -, dass dann Stillstand herrschen würde. Dann könnten keine Mittel mehr verwendet werden; dann liege die Autorität alleine beim Bürgermeister, unbedingt notwendige Zahlungen zu bewerkstelligen, ohne den Gemeinderat damit zu befassen und ohne entsprechende Beschlüsse der Gremien zu haben. Das wäre eine Situation, die er sich nicht wünschen würde und die völlig seinem Verständnis von Demokratie und Kooperation widersprechen würde. Das wäre dann aber nicht anders möglich. Er würde dann nur jene Zahlungen leisten können, zu denen die Stadt gesetzlich verpflichtet sei, wie Gehälter, oder natürlich auch die Bedienung des Schuldendienstes. Alles andere würde stillstehen. Das wäre die wesentlich schlechtere Variante als nun mit einem Budget ins neue Jahr zu gehen, von dem er wisse, dass es am Ende dann so nicht ausschauen werde, weil sich entsprechende Änderungen ergeben würden. Die Situation sei, wie bereits gesagt, durch die Inflation, die wirtschaftliche Entwicklung, die Entwicklung der Unternehmen und vieles andere bedingt, was ohnehin viel in den Medien berichtet und diskutiert worden sei. Deshalb bleibe aus seiner Sicht nichts anderes übrig. Er wolle dem Gemeinderat trotzdem die Möglichkeit geben, von dem alten Plan Gebrauch zu machen, das Budget nicht heute zu beschließen, sondern das zu verschieben.

*Zu diesem Zweck könnte der nun vorliegende Antrag von der Tagesordnung genommen werden. Diese Möglichkeit habe er als Bürgermeister, oder aber der Gemeinderat in seiner Mehrheit. Er wolle das nicht machen, weil er befürchte, damit möglicherweise einen Amtsmissbrauch zu begehen, da er als Bürgermeister die Verpflichtung habe, den Voranschlag für das kommende Haushaltsjahr bis Ende November für die Dauer von zwei Wochen aufzulegen, damit die Bürger die Möglichkeit hätten, Einsicht zu nehmen. Das sei gemacht worden, die Auflage sei am 27.11. erfolgt. Als Bürgermeister habe er diesen Voranschlag dann dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen. Seiner Rechtsansicht nach glaube er, dass es an der Grenze zum Amtsmissbrauch wäre, das dann wieder von der Tagesordnung herunterzunehmen. Deswegen wolle er diese Möglichkeit dem Gemeinderat anheimstellen. Wenn die Mitglieder des Gemeinderates mehrheitlich der Meinung seien, dass die bis jetzt vorliegenden Informationen zur seriösen Erstellung eines Haushaltsplanes nicht vorliegen würden, und man sich erwarte, dass man im Jänner oder Februar mehr und bessere Informationen habe, dann solle heute die Möglichkeit bestehen, dafür zu stimmen, dass dieser Antrag von der Tagesordnung heruntergenommen werde. Vor einer allfälligen Diskussion über den Voranschlag wolle er das als erstes fragen und beantragen. Er stelle daher offiziell den Antrag, ob der Tagesordnungspunkt Haushaltsplan 2024 – TOP 6. der Tagesordnung – von der Tagesordnung heruntergenommen werden solle. Er ersuche um Wortmeldungen zu diesem Antrag, falls es welche gebe. Wenn es keine Wortmeldungen gebe, wolle er diesen Antrag zur Abstimmung bringen. **Wer sei dafür, dass der gegenständliche TOP „Anträge zum Haushaltsplan 2024“ von der Tagesordnung für die heutige Gemeinderatssitzung heruntergenommen werde?***

Beschluss:

Der Antrag wird mit 0 Stimmen gegen 15 Ablehnungen und 6 Enthaltungen (VbGm. Schmid, GR Pfohl, GR Hinterholzer, Ersatz-GR Schatz; GR Katzengruber, Ersatz-GR Schramm) abgelehnt.

Bgm. Margreiter stellt fest, dass der Antrag nicht angenommen worden sei und der gegenständliche Tagesordnungspunkt somit zur Behandlung in der heutigen Gemeinderatssitzung verbleibe. Somit eröffne er die Diskussionen zu diesem TOP und ersuche um Wortmeldungen.

StR Neuner ist es ein Anliegen, etwas mehr dazu zu sagen, weil es sich um sein Ressort handle. Das Budget auf die Füße zu stellen, sei heuer aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Situation sicher eine „schwere Geburt“ gewesen. Die große Teuerung und Inflation würden – wie die weltpolitischen Vorkommnisse - auch die Gemeinde treffen. Auch die gestiegenen Zinsen und generell die abflauende Wirtschaft würden die Gemeinde belasten. Wie alle hier schon seit knapp einem halben Jahr wissen würden, insbesondere die Mitglieder des Finanzausschusses, habe er seit Sommer 2023 häufig und eindringlich darauf hingewiesen, dass die Einnahmen wegbrechen würden, die wirtschaftliche Lage abflaue. Er habe auch gebeten, dass man schon im heurigen Jahr mit Bedacht vorgehe und das Geld nicht für alles Mögliche ausbe. Sondern schon im Jahr 2023 vorsichtig zu sparen beginne und zu überlegen, wo man die Gelder hinschiebe. Leider sei er – was er teilweise verstehen könne – nicht wirklich gehört worden. Er verstehe das, weil man in der Gemeinde ja etwas umsetzen wolle. Jetzt stehe man aber wirklich davor, dass man für das nächste Jahr etwas tun müsse. Man müsse Einsparungen vornehmen und auf der anderen Seite Mehreinnahmen lukrieren. Deshalb sei es wohl keine Diskussion mehr – wie es in der letzten Gemeinderatssitzung gewesen sei –, wenn man Gebühren erhöhe. Das sei notwendig. Auf Grund dieser Thematik, dass die Einnahmen wegbrechen und sich die Ausgaben erhöhen würden, habe er heuer versucht, den Budgetierungsprozess etwas anders zu gestalten. Er habe das auch mit den Beamten hinterfragt; so viele Gespräche wie heuer habe es überhaupt noch nie gegeben. Er habe mit den Obleuten aller Ausschüsse gemeinsame

Budgettermine abgehalten. Es habe mehrere Fraktionsführer-Budgetsitzungen gegeben. Es habe Budgetsitzungen mit den Spitzenbeamten der Stadtgemeinde gegeben. Eben weil man gewusst habe, das Budget werde eine schwierige Geschichte. Bei der letzten Budgetsitzung sei eigentlich einstimmig beschlossen worden, das Budget in das neue Jahr zu schieben, sich hart und intensiv Zeit zu nehmen, das auszuarbeiten. Gespräche des Finanzverwalters mit der Bezirkshauptmannschaft bzw. dem Land hätten ergeben, dass von dort dringend geraten worden sei, nicht so vorzugehen und dennoch ein Budget aufzulegen. Man wäre ansonsten zwar nicht gänzlich handlungsunfähig gewesen, für das erste Quartal 2024 wäre es aber eine sehr komplizierte Geschichte geworden. Man hätte zwar Rechnungen bezahlen, aber nicht wirklich etwas für die Stadtgemeinde leisten können. Er wolle an dieser Stelle aber zwei Sachen unterscheiden. Das eine sei der Verlauf der Kommunikation. Das andere sei direkt das Budget. Es gehe, wie erwähnt, um sein Ressort. Das sei dann alles sehr kurzfristig gewesen: Wie erwähnt, habe man ja ursprünglich einstimmig beschlossen, das Budget erst im Jänner zu erstellen. Aufgrund der genannten Informationen sei dann kurzerhand vom Finanzverwalter mit dem Bürgermeister entschieden worden, trotzdem ein Budget aufzulegen. Das sei auch vollkommen in Ordnung so. Wie alle anderen Ausschüsse auch, sei sein Finanzausschuss ein Empfehlungsausschuss. Man könne nur Empfehlungen abgeben, aber der Bürgermeister müsse die Entscheidung treffen, ob das Budget aufgelegt werde oder nicht. Da habe er aber auch mit beiden jeweils Vieraugengespräche geführt. Er habe heuer sehr viel Zeit in die Kommunikation mit allen investiert. Das könne auch jeder bezeugen. Man wisse auch, dass er so arbeite. Er lobe gerne, müsse bezüglich der beiden genannten Herren jetzt aber auch ein bisschen kritisieren: Es sei schade, dass die Kommunikation diesbezüglich nicht in Ordnung gewesen sei; es wäre gescheit gewesen, eine kurze Information zu bekommen, dass nun doch ein Budget aufgelegt werde. Das wolle er klar sagen, man lerne daraus aber bitte auch. Er wolle da nicht nachtragend sein, sondern es solle für die Zukunft die Kommunikation verstärkt werden. Es sei auch in der Politik das wichtigste Gut, miteinander zu reden. Um nun auf das Budget einzugehen, sei aufgrund der erwähnten Umstände die Budgetkürzung notwendig. Man müsse deshalb Einschnitte machen. Aus seiner Sicht mache eine Verschiebung des Budgets nach Jänner oder Februar keinen Sinn. Die EUR 3 Millionen, die man einzusparen versucht habe, würden auch im Februar noch dastehen. Daran werde man nicht rütteln können. Man werde das einsparen und entsprechende Kürzungen vornehmen müssen. Wie das Budget nun aufliege, sei versucht worden, die Kürzungen über eine breite Basis und breite Schultern aufzufangen. Man habe versucht, nicht nur an einer Stelle zu kürzen, sondern über breite Schultern bei jedem ein bisschen etwas wegzunehmen, sodass es für jeden noch tragbar und zu arbeiten sei. Es seien schon viele Äußerungen gefallen wie, dass man Kultur- und Sportsubventionen gekürzt habe. Das stimme und bekümmere ihn selbst; er sei selbst ein „Vereinsmeier“. Was aber zu wenig hervorkomme sei, dass man auch bei den Pflegeheimen Einschnitte bei den Sanierungsmaßnahmen machen habe müssen, welche auch dringend notwendig gewesen wären. Man könne nächstes Jahr den Marktanger nicht umsetzen. Man könne – er rede ganz offen – nächstes Jahr auch den Eislaufplatz nicht umsetzen. Man habe versucht, die Kürzungen in vielen Bereichen vorzunehmen und diese trotzdem für jeden tragbar zu machen. Man könne aber nicht nur kürzen, sondern müsse auch schauen, wie man Einnahmen herbekomme. So habe man unter anderem die Gebühren in den Kurzparkzonen erhöht. Man werde auch weiterhin versuchen, Einnahmen zu lukrieren. Da sei man intensiv daran und werde in verschiedenen Ausschüssen daran arbeiten, auch im Finanzausschuss, dass man da Lösungen finde. Man befinde sich aber in einem gewissen Konstrukt, wie der Bürgermeister schon erwähnt habe. So könne man nicht von einem Tag auf den anderen beispielsweise die Kommunalsteuer nach oben heben – das gehe bei einer Gemeinde leider nicht. Da sei man leider gebunden. Wie auch bei den Transferzahlungen vom Land

– da könne man auch nicht sagen, dass man gerne mehr hätte. Sein Appell wäre nun generell, diesem Voranschlag zuzustimmen und nichtsdestotrotz im nächsten Jahr gemeinsam intensiv daran zu arbeiten. Es werde intensive Sitzungen brauchen, man werde an der einen oder anderen Stelle Verschiebungen vornehmen müssen. Er glaube, das werde man gemeinsam in den Ausschüssen gut klären. Er wäre sehr froh, wenn man heute gemeinsam zu einer positiven Entscheidung kommen würde.

GR Kolbitsch sieht ein, dass man Einsparungen machen müsse, dass das Geld weniger werde und man zusammenhalten müsse, um im nächsten Jahr besser mit dem Geld auszukommen. Sie müsse aber doch ein bisschen Kritik üben. Sie sei eine der wenigen, die in den letzten Gemeinderatsperioden auch schon dabei gewesen seien. Einige würden aber wissen, dass in den letzten Jahren die damalige Bürgermeisterin immer kritisiert worden sei, dass zu wenig Offenheit herrsche, dass man nicht darüber diskutiere, dass das Budget nicht offen dargelegt werde, dass niemand mitreden könne. Heuer habe es ganz viele Gespräche gegeben, und trotzdem sei dann im letzten Moment das Budget aufgelegt worden. Im Endeffekt habe niemand gewusst, was da genau aufgelegt werde. Wo sei da jetzt die Offenheit, die Gesprächsbereitschaft, die in der neuen Periode versprochen worden sei? Das sei von ihrer Seite ein Kritikpunkt, weil sie jahrelang miterlebt habe, wie man immer wieder kritisiert worden sei, dass zu wenig diskutiert worden sei, zu wenig geredet werde. Jetzt lege man ein Budget auf, welches im letzten Moment niemand wirklich gekannt habe. Sie hoffe, dass sich das in nächster Zeit ändern werde und dass man gemeinsam einen besseren Weg für die Zukunft schaffen werde. Die versprochene Offenheit sehe sie in diesem Fall nicht.

Bgm. Margreiter möchte diese Kritik zurückweisen. Das Budget sei tatsächlich sehr offen behandelt worden; es habe mehrere Sitzungen der Fraktionsführer*innen gegeben, welche vollkommen eingebunden gewesen seien. Richtig sei, dass beabsichtigt bzw. überlegt worden sei, in Hinblick auf andere Gemeinden, welche das angeblich auch so handhaben würden, das Budget nicht jetzt im Dezember zu beschließen, sondern im Jänner. Allerdings – man müsse Gemeinderäten unterstellen, dass sie die Tiroler Gemeindeordnung kennen würden – habe der Bürgermeister nach § 93 der Tiroler Gemeindeordnung die Pflicht, bis Ende November ein Budget aufzulegen. Das habe man am 27.11. gemacht. Ansonsten hätte er eine massive Verpflichtung nach der Tiroler Gemeindeordnung verletzt. Dass vielleicht verschiedene Gemeinderäte diese Bestimmung nicht gekannt und damit gemeint hätten, es werde kein Budget aufgelegt, sei ein anderes Thema. Die gesetzliche Verpflichtung diesbezüglich bestehe. Die einzige Möglichkeit, dieses Budget dann im Jänner zu beschließen, wie das beabsichtigt gewesen sei, wäre auf dem Weg möglich gewesen, den er heute aufgezeigt habe: Dass man die Angelegenheit nämlich durch den Gemeinderat wieder von der Tagesordnung herunternehme. Diese Möglichkeit habe ja bestanden. Er verstehe die Aufregung nicht ganz, dass ein gesetzlicher Vorgang, der in der Tiroler Gemeindeordnung so festgeschrieben werde, verfolgt worden sei. Was da wem an Möglichkeiten genommen worden sei, sei ihm fraglich. Im Gegenteil sei das eine zusätzliche Option, nämlich das Budget zu beschließen. Wenn kein Budget aufgelegt worden wäre - was für vierzehn Tage erfolgen müsse -, hätte man heute nichts zu beschließen: Nämlich die Optionen, entweder das Budget zu beschließen, oder aber das bis Jänner aufzuschieben, was er ja als Möglichkeit in den Raum gestellt habe. Die Kritik könne er in dieser Form nicht stehen lassen. Was vielleicht möglich sei, was er zugestehe, sei, dass man das nächste Mal auf gesetzliche Gegebenheiten und Zwänge besonders hinweise, zumal er wisse, dass nicht jeder alle gesetzlichen Vorschriften immer parat haben könne. Es sei eine theoretische Forderung an Gemeinderät*innen und Sonstige, dass man immer alle gesetzlichen Bestimmungen parat habe. Man hätte bei der Sitzung sagen können, dass man das Budget erst im Jänner beschließe. Auflegen hätte er trotzdem eines müssen, weil dies im § 93 TGO so vorgeschrieben sei. Den kleinen Kritikpunkt lasse er sich

gefallen, dass er als Bürgermeister nicht ausdrücklich darauf hingewiesen habe, dass eben trotzdem ein Budget aufgelegt werde.

GR Kolbitsch entgegnet, um das gehe es nicht – es sei ihr schon klar, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt ein Budget aufzulegen sei. Aber zum Zeitpunkt der Auflage habe keiner der Gemeinderäte - auch nicht der Finanzreferent - gewusst, wie das Budget ausschaue. Man hätte kurz davor noch sagen können, dass man etwas umstellen bzw. ändern habe müssen. Das sei aber aufgelegt worden und niemand habe gewusst, was wirklich drinstehe. Das sei der Kritikpunkt.

Bgm. Margreiter antwortet, dass es ja vorher tatsächlich über das Thema Budget die Fraktionsführersitzung gegeben habe.

GR Kolbitsch äußert, das sei dann geändert worden. Was vorher besprochen worden sei, stehe nun nicht wirklich im Budget. Darum gehe es.

Auf die Frage von Bgm. Margreiter, was denn geändert worden sei, antwortet GR Kolbitsch, die genauen Punkte wisse StR Neuner besser. Der könne das genau aufzählen. Sie sehe das im Finanzausschuss nicht. Sie wisse nur, dass das Budget so nicht allen Gemeinderäten zur Einschau zur Verfügung gestanden sei, wie es da nun stehe.

Bgm. Margreiter entgegnet, die Möglichkeit habe ja nachher bestanden, das Budget anzuschauen und zu sagen, mit was man nicht einverstanden sei. Deshalb sitze man ja heute da, um über das Budget zu befinden.

GR Sailer heißt zunächst die anwesenden Kulturschaffenden willkommen. Deren Anwesenheit freue ihn. Er mache keinen Hehl daraus, dass es für ihn als Obmann des Kulturausschusses kein erfreuliches Budget sei. Er würde es auch als richtig und wichtig erachten, dass die Kulturvereine Lobbying-Arbeit betrieben; das sollten und müssten sie, um ihre Projekte durchsetzen zu können. Das wäre vor allem dann sinnvoll, wenn heute aus irgendeinem politischen Meinungsfindungsakt Gelder von der Kultur abgesaugt und einem anderen Bereich zugebuttert würden. Schwierig werde es mit dem Lobbying, wenn kein Geld verschoben werde, weil keines mehr da sei. So weh es ihm tue - die Zeiten mit der Möglichkeit, 100% zu fördern, seien vorerst vorbei. Die Hoffnung lebe, dass sich das noch ändern werde, auch wenn die Konjunkturprognosen für 2025 nicht sehr ermutigend seien. Natürlich werde medial – und er habe auch heute zahlreiche Meldungen bekommen – dargestellt, das Kulturbudget würde um 50% gekürzt. Das sei so nicht richtig. Die gesamten Subventionen würden um 50% gekürzt. Das betreffe nicht nur die Kultur alleine, sondern auch Traditionsverbände, andere Vereine und Interessengruppen. Man habe mit den Kulturtreibenden im gestrigen Gespräch vereinbart, alles zu versuchen; sich jeden einzelnen Verein anzuschauen und abzuwägen, wo die Kürzung nicht 50% sein müsste, sondern wo es weniger sein könnte. Klar sei auch, dass das, was dem einen mehr gegeben werde, einem anderen weggenommen werden müsse. Um diesen Ausgleich werde es in den nächsten Monaten in den Verhandlungen gehen. Man werde sich das nicht leicht machen und sich jeden einzelnen Verein anschauen. Die Jahresansuchen würden ja schon daliegen. Seine Hoffnung an das Christkind sei, dass irgendeine ominöse Million vom Bund eintreffe und man dann zugunsten der Vereine nachjustieren könne. Allerdings habe er ein wenig Angst, dass der Bund einem das nicht leichtmachen, sondern das Geld mit einem „Mascherl“ versehen werde, nämlich mit einer sogenannten Zweckwidmung, und beispielsweise sagen werde, dass diese Million für die Kinderbetreuung auszugeben sei und für nichts anderes. Diese Angst schwinge bei ihm leider auch noch mit.

*VbGm. Schmid ist der Meinung, alle würden wissen, dass die Städte und Gemeinden vor großen Herausforderungen stünden. Die Einnahmen würden auf dem Niveau des Krisenjahrs 2020 stagnieren. Die Ausgaben würden um durchschnittlich zwölf Prozent steigen. Es sei jedem klar, dass die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben weit auseinanderklaffe, und das überall. Sie wolle ein bisschen ausholen, weil es interessant sei, wie sich diese stagnierenden Einnahmen zusammensetzen würden und woran das liege. Beim recht häufig verwendeten Begriff der Massensteuern – das seien die Steuern, die jeder zu zahlen habe und welche durch die Maßnahmen der Bundesregierung, was wenig mit Hall zu tun habe, eigentlich negativ beeinflusst worden seien -, da gehe es um die Änderungen im Einkommensteuertarif, die Abgeltung der kalten Progression, ebenfalls um sinkende Grunderwerbssteuern, was ein Minus im Budget der Republik verursachen würde. Die Diskussion gehe immer in die Richtung, dass die Löhne um über neun Prozent steigen würden. Natürlich würden die Löhne um einige Prozent steigen, und natürlich mache das in jedem Budget viel aus. Diese steigenden Gehälter würden aber die steigenden Lebenserhaltungskosten der Menschen abdecken. Dessen müsse man sich bewusst sein. Richtig aufregen würde sie die Senkung der Körperschaftssteuer von 25% auf 23%. Gewinnsteuer, Steuergeschenke, welche zum allergrößten Teil großen Unternehmen und deren Eigentümer*innen zugutekommen würden. Das sei an dieser Stelle gesagt. Viele würden dann sagen, was das sie angehe: „Was redet die da im Haller Gemeinderat über Steuern und die Körperschaftssteuer?“ Aber das Problem sei, dass diese Geschenke, die da ausgeteilt würden, irgendwann irgendwo fehlen würden. Und das seien die Budgets der Städte und Gemeinden. Es gebe ja die Aufteilung der Steuern auf Bund, Länder und Gemeinden. Da gebe es einen Schlüssel namens „Finanzausgleich“. Das hätten jene, welche sich mit Politik näher befassen würden, in den letzten Wochen und Monaten häufig diskutiert. Zumindest habe man das in den letzten Wochen und Monaten häufiger in den Medien gehört. Diese Aufteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sei neu verhandelt worden. Dabei seien leider keine wesentlichen Verbesserungen für die Städte und Gemeinden herausgekommen. Es werde, wie man heute schon gehört habe, Sonderzahlungen geben für Kinderbetreuung, leistbaren Wohnbau, für die Umwelt. Das sei alles absolut richtig und wichtig, müsse so sein – bitte nicht falsch verstehen. Wieviel dann wirklich in jeder Stadt und jeder Gemeinde ankomme, und zu welchen Bedingungen, würden alle noch nicht wissen, wie den Wortmeldungen zu entnehmen gewesen sei. Die Situation sei für die Gemeinden also ernst, und sie sei sehr ernst in Hall. Als politische Verantwortliche sei man verpflichtet, die Grundsätze der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit einzuhalten. Es werde 2024 nicht mehr möglich sein, wirkliche Investitionen zu tätigen; große Projekte stünden auf der Kippe. Gerade diese Dinge würden alle betreffen. Jede Bürgerin, jeden Bürger, jede Seniorin, jedes Kind, jede Familie, jeden Mann und jede Frau, die in Hall wohnen würden. Das sei das große Problem. Es gebe sehr viele Budgetpositionen, welche im nächsten Jahr dringend überarbeitet werden müssten. Da würde ganz viel Arbeit vor einem liegen. In der Kürze der Zeit seien viele Ausgaben der Stadt um 50% reduziert worden bzw. seien Ausgaben nicht erhöht worden, welche eigentlich erhöht werden müssten. Damit ein halbwegs akzeptabler Budgetansatz herauskomme - die vorher vom Bürgermeister erwähnte „schwarze Null“. Sie habe viel von ihrem Elternhaus und von der Oma gelernt. Was ihr immer in Erinnerung geblieben sei: Je knapper das Geld sei, desto besser müsse die Planung sein, und umso besser müsse man wirtschaften. Da würde es nichts nutzen, einfach darüberzufahren und zu schauen, wie man dann tue. Eben mit dem Auseinanderklaffen von Einnahmen und Ausgaben brauche es Zeit und Gespräche, um auch unter diesen widrigen Bedingungen Fairness und Nachvollziehbarkeit herstellen zu können. Es brauche Klarheit und Transparenz. Das würden sie bei dieser Vorgehensweise nicht sehen. Das Budget sei in dieser Form schlichtweg nicht zu Ende gedacht. Sie würden hier von Subventionen der Kultur, des*

Sports, von Subventionen für Familienmaßnahmen reden. Man rede von Ausgaben für Soziales, wo man überhaupt nicht glaube, dass man da überhaupt etwas streichen könne. Genau um diese Sachen gehe es. Es gehe bei den die Vereine betreffenden Einsparungen um rund EUR 500.000,-. Das Verhältnis zur Gesamtbudgetsumme, eine genaue Zahl habe man heute noch nicht gehört, sei klein. Das gebe sie zu. Viele würden sagen, warum man da so herumdiskutiere. Die Wirkung genau dieser Förderungen und Subventionen sei aber in Euro nicht zu messen. Das sei der Einsatz von Ehrenamtlichen, von Organisationen – da gehe es um so viel. Da gehe es um Organisationen, welche Kinderbetreuungseinrichtungen in der Stadt Hall für die Stadt Hall führen würden. Es gebe viele Beispiele, sie wolle aber keine nennen. Man wisse, man müsse sparen. Sie wüssten aber auch, dass das noch nicht zu Ende sei. Da brauche es weitere Diskussionen und klare Informationen, welcher Verein durch diese Sparmaßnahmen weiterarbeiten könne und welcher nicht. Man dürfe da nichts auf Spiel setzen. Die Aufbauarbeit – ob das ein Verein sei, eine Organisation, eine Institution – dauere jahrelang. Mit so einer Maßnahme könne es sein, dass das von einem Tag auf den anderen, von einem Jahr zum anderen zunichte gemacht werde. Das dürfe man nicht aufs Spiel setzen. Was ebenso passieren werde – und damit seien sie nicht einverstanden: Die Vereine, Institutionen und Organisationen würden einfach einzeln zu den Obleuten von Finanzausschuss, Kulturausschuss, Sportausschuss gehen und für höhere Subventionen argumentieren. Sie würden befürchten, dass es dann zu Einzelfallentscheidungen kommen werde und keine Nachvollziehbarkeit mehr vorhanden sei. Ihr Vorschlag wäre gewesen, dass man sich ausnahmsweise, der besonderen Situation geschuldet, dieses Jahr für das Budget mehr Zeit nehme. Dass die Beschlussfassung im neuen Jahr falle. Dass die Auflage jetzt sei und man das denn ablehne, oder wie auch immer – da hätte man eine Lösung gefunden. Man hätte Zeit gehabt, um das mit Klarheit, Nachvollziehbarkeit und Sorgfalt auszuarbeiten. Die geforderte Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit hätte man dann sicher noch besser erfüllen können. Ein Versuch wäre es Wert gewesen. Sie wisse um die Möglichkeit, heute noch Abänderungsanträge zu stellen und bestimmte Budgetpositionen zu verschieben, wie auch immer. Alleine diese Abänderungsanträge am Tag der Budgetbeschlussfassung im Budgetgemeinderat wäre eigentlich ein Zeichen und eindeutiges Indiz, dass der Voranschlag noch nicht fertig sei. Für ihre Fraktion sei es nicht möglich, heute die Beschlussfassung zu treffen, weshalb sie sich – so traurig das auch sei – bei diesem Budget enthalten würden.

Ersatz-GR Schramm bedankt sich zunächst bei den Personen, die das Budget erstellt hätten; das sei eine große Arbeit. Von ihrer Seite gebe es ein bisschen Bedauern. Ihr sei klar, dass man sparen müsse. Da wo gespart werde, gehe es teilweise um Dinge, wo man nicht sparen könne. Kultur und Vereine wären in Hall eine so wichtige Angelegenheit, die so viel nach Hall bringen würden – für den Tourismus, das Stadtleben, etc. Das einfach so, ohne viel Kommunikation, zu kürzen, sei für sie nicht tragbar. Klar sei, dass man sparen müsse und zu wenige Einnahmen da seien. Sie sehe die Gemeinde in Verantwortung, da noch einmal mit dem Land das Gespräch zu suchen und Druck aufzubauen, um gewisse Klarheit und gewisse Förderungen zugesprochen zu bekommen. Deshalb werde sie sich heute auch der Stimme enthalten.

*Ersatz-GR Hanel berichtet, die Vorredner*innen hätten schon mehrfach erwähnt, dass das Budget 2024 - gelinde gesagt - mehr als schwierig werde. In einer Sache sei er d`accord: Für eine Wirtschaftskrise, eine horrenden Inflation könne die Haller Stadtregierung nichts. Auch darüber sei man sich einig, dass sich die hohen Lohnabschlüsse im öffentlichen Dienst negativ auf das Budget auswirken würden. Das sei klar gewesen. Das sei es aber schon mit den Punkten gewesen, wo man sich einig sei. Er könne nicht stehen lassen, wenn den Haller*innen nur die halbe Wahrheit erzählt werde. Die anderen würden sich hersetzten und gerade so tun, als ob sie nichts*

dafür könnten, wie das Budget ausschaue. Er wisse, das schmerze und man wolle das nicht gerne hören, aber drei Punkte müsse er in aller Kürze in Erinnerung rufen. Erster Punkt: Marktanger. Vor ziemlich genau einem Jahr sei man da gesessen und habe in der Gemeinderatssitzung über das Projekt debattiert. Damals hätten die Haller Freiheitlichen gesagt, sie würden es nicht gut finden, in wirtschaftlich so unsicheren Zeiten EUR 1 Million für das Projekt zu budgetieren. Im Endeffekt sei zum damaligen Zeitpunkt überhaupt nicht klar gewesen, was aus dem Platz dann werden solle. Was sei passiert? Die ehemalige Turnhalle sei um EUR 0,5 Millionen abgerissen worden, heute stehe man da und habe keine finanziellen Mittel, um den Platz in weiterer Folge sinnvoll zu nutzen. Was sei das Endergebnis? Ein leerer grauer Platz mitten in der Stadt. Die Haller Freiheitlichen hätten das vorausgesagt. Hätte man damals auf sie gehört, hätte man sich EUR 0,5 Millionen gespart, die man jetzt beispielsweise an die Vereine als Subventionen auszahlen hätte können. Der zweite Punkt seien die horrenden Kultursubventionen der letzten Jahre. Er sei nach der letzten Gemeinderatswahl in den Finanzausschuss entsandt worden. StR Neuner habe eigentlich recht – seit der ersten Sitzung sei fast gebetsmühlenartig gesagt worden, man müsse aufpassen, so gehe es nicht weiter, man müsse sparen. Im Laufe der Zeit sei er darauf gekommen, eigentlich bis heute, dass speziell den Kulturbereich betreffend sehr wohl immer alles gehe. Er habe es in den vorbereitenden Sitzungen schon gesagt, dass man seiner Meinung nach eine Diskussion brauche, welche Vereine und Institutionen man als sogenannte „Leitvereine“ auswähle, die dann subventioniert würden; mit allen seien Gespräche zu führen, dass es nun für zumindest ein bis zwei Jahre ausgesetzt werde. Man brauche in Hall eine Diskussion, um in die kulturelle Breite zurückzukehren, und dann solle man schauen, wie man mit der kulturellen Spitze tue bzw. was dafür übrigbleibe. Im Budget sehe man klipp und klar, beides werde sich auf Dauer nicht mehr spielen. Wenn er sich die Kultursubventionen im Voranschlag anschau, und er nehme dezidiert die Traditionsverbände heraus, dann komme er auf eine Summe von EUR 200.000,-. Von solchen Summen könnten die Sportvereine insgesamt nur träumen. GR Henökl werde dazu Näheres sagen. Der dritte Punkt sei die mangelnde Bereitschaft, an sich selbst zu sparen. Er habe im Finanzausschuss im Oktober den Antrag eingebracht, dass die Aufwandsentschädigungen vom Stadtrat bis zum Ersatzgemeinderat um die Hälfte gekürzt werden sollten. Was sei seine Intention und sein Ziel gewesen? Er habe gewollt, dass der Gemeinderat für die Bürger außen ein sichtbares Zeichen setze, und nebenbei hätte man sich locker-flockig EUR 150.000,- an Steuermitteln eingespart. Was habe man sich da nicht anhören müssen, der Aufschrei sei riesengroß gewesen. Die böse FPÖ habe es trotzdem getan. Genau die EUR 150.000,- hätte man in dieser Situation dringend für wichtigere Sachen benötigt. Bezüglich des Budgets 2024 könne er sich kurz halten. Wenn er sich nur die Haushaltskonten 41 – 46 anschau, vereinfacht ausgedrückt den sozialen Bereich, werde ihm angst und bange. Es würden da durchwegs alle Posten drastisch und massiv gekürzt. Bis auf zwei Themen, welche er erwähnen wolle. Es gehe um das Thema Flüchtlinge; den Bereich Grundversorgung und das generelle Konto Flüchtlinge. Diese Posten würden steigen bzw. gleichbleiben. Was ihm am meisten wehtue, weil es eine Herzensangelegenheit von ihm sei – Vbgm. Schmid habe das auch schon angesprochen -, sei das Konto „Freie Wohlfahrt“ und „Tafel“. Das werde um die Hälfte gekürzt. In Zeiten einer Rekordinflation und massiven Teuerung sei dies seiner Meinung nach ein mehr als schlechtes Signal. Er hoffe, dass von Seiten der Sozialdemokratie zu diesem Thema dann auch noch etwas komme. Aufstoßen würde ihm auch das Thema „Repräsentationskosten“, speziell für den Bürgermeister. Er finde paradox, dass Vereine und der soziale Bereich bis zur Hälfte gekürzt würden, diese im Budget 2024 aber unverändert blieben. Das finde er nicht in Ordnung und betreffe EUR 15.000,-. Zusammenfassend hätten sie in den vorbereitenden Sitzungen durchaus konstruktiv am Budget mitgearbeitet. Im Endeffekt sei aber kein einziger ihrer Vorschläge berücksichtigt worden. Festhalten müsse man,

dass versucht werde, das Geld der Haller Bevölkerung für das Stopfen von Budgetlöchern zu verwenden, die von ihnen (Anmerkung: angesprochen ist die Stadtregierung) verursacht worden seien. So sei gerade in der letzten Gemeinderatssitzung gegen die Stimmen der FPÖ beschlossen worden, die Parkgebühren zu verdoppeln, die Kurzparkzone auszuweiten. Es werde offen über die Gratisparkstunde in der Haller Altstadtgarage diskutiert. Das sei genau nicht der Weg, den sie einschlagen wollten. Sie würden sich weiterhin gegen sämtliche Gebührenerhöhungen stellen. Abschließend gelte sein Dank der Beamtenschaft, allen voran dem Finanzverwalter und seiner Mitarbeiterin Karin P. Er wisse, dass diese die letzten Wochen mehr oder weniger im Büro geschlafen hätten, vielen Dank dafür. Sie würden nichts dafürkönnen, wie das Budget ausschaue. Aus den genannten Gründen könnten sie dem Budget keine Zustimmung erteilen.

*GR Pfohl äußert, kurz schlucken zu müssen, weil sie ein Wort verwirrt habe. Dazu werde sie jedoch später kommen. Der vorliegende Budgetentwurf erscheine für sie eigentlich wie der Beginn eines Entwurfes. Weil er viele Bereiche habe, welche für sie bzw. ihre Fraktion noch offen seien bzw. wo sie das Gefühl habe, da müsse man näher hinschauen, die müsse man überarbeiten bzw. damit starten, sie zu überarbeiten. Die angedachten Kürzungen habe man schon zur Genüge gehört. Sie finde es erschreckend, wenn man als Stadt bei Kinderbetreuungseinrichtungen, bei Einrichtungen für Jugendliche, bei Einrichtungen für Senior*innen bzw. der Pflege, aber auch bei Vereinen für Sport, Kultur, Gesellschaft und Soziales den Sparstift ansetze. Da müsse man schauen, wie man es besser machen könne. Dass man kürzen müsse, sei allen klar - auch sämtlichen Haller Einrichtungen und allen, die in Hall wohnen würden. Das müsse man aber gut und wohlüberlegt machen, ohne Stress. Wenn man mit einem Rotstift mit bis zu minus 50 Prozent über sämtliche Vereine gehe, dann müsse sie sich fragen, was da eigentlich dahinterstecke. Bei vielen Vereinen und Einrichtungen werde das bedeuten, dass diese so nicht weitermachen könnten. Die hätten kein großes Haus in der Stadt, welches sie lukrativ vermieten könnten; die hätten wahrscheinlich auch keine Sparbücher und Sonstiges. Die würden das großteils mit Ehrenamt und Menschen machen, die engagiert bei der Sache wären. Da gehe dann auch nichts weiter. Deshalb wäre es gut, sich genau anzuschauen, wer denn noch Geld bzw. Rücklagen habe und wer eine Subvention benötige, um zu überleben. Seit 1,5 Jahren rede man darüber, dass Subventionsrichtlinien neu erstellt und aufgelegt werden müssten. Das würde sie sich auch wünschen. Das solle – salopp ausgedrückt - aber kein Dreizeiler sein, sondern eine Richtlinie, welche im besten Fall gemeinsam von Haller Politiker*innen mit Vertreter*innen der Vereine und Einrichtungen erarbeitet würde, mit klaren Fristen und Ähnlichem versehen, was einzuhalten sei. Vergleichbares habe man im Wohnungsamt; wenn man sich für eine Stadtwohnung bewerbe, müsse man auch einmal im Jahr alles neu abgeben. Verpasse man das um zwei Tage oder eine Woche, habe man unter Umständen Pech und falle aus der Wohnungswerberliste heraus. Das könne man für diesen Bereich auch machen, sodass es für alle gültig und auch barrierefrei sei. Dass also nicht nur diejenigen das machen könnten, welche mit Internet und Online-Anträgen affin seien, sondern auch die 90-jährige Obfrau eines Vereines. Wenn man jetzt 50 Prozent der Subventionen ausbebe und dann Einzelfallsubventionen gemacht werden sollten - welche ja genau begründet werden müssten -, sage sie sich sowieso, dass die Vereine und Einrichtungen sich das eigentlich auch sparen könnten, wenn ohnehin kein Geld da wäre. Weil sie dann wahrscheinlich ohnehin nichts bekommen würden. Dann sei man aber wieder bei diesem Gießkannenprinzip, welches man ja eigentlich abschaffen habe wollen. Dann gehe man – wie Vbgm. Schmid schon skizziert habe – zu dem Obmann, dann zu der Obfrau, und schaue, wer vielleicht seiner Meinung sei. Vielleicht finde man ja dann jemanden, der das mache. Wenn man Pech habe, schaue man einfach durch die Finger Das solle in einer Stadt so nicht stattfinden. Man habe auch Vereine,*

die viel für die Stadt machen würden. Die seien da, wenn zu helfen sei, wenn man Musik brauche; die würden sich darum kümmern, dass Kultur und Vielfalt und Vereine die Stadt beleben würden. Ob Sport-, Kultur- oder Traditionsverein. Sie verwehre sich auch dezidiert dagegen, „Leitvereine“ zu definieren. Das sei ein Begriff, den man vor ein paar Jahrzehnten gehört habe und den man nicht mehr verwenden solle. Da müsse sie sich fragen, wer sage, was ein „Leitverein“ sei. Vereine – Kultur, Sport, alle diese Dinge – sollten frei jeglicher politischer Einflussnahme sein und frei von jeglicher politischen Entscheidung. Dafür brauche es Richtlinien. Die Vereine – unabhängig von deren Hintergrund – stünden auch dafür, dass es eine Stadt mit Vielfalt gebe. Vereine würden der Integration dienen; man finde schneller Anschluss, wenn man in eine neue Stadt komme. Sie würden dazu dienen, dass sich eine Stadt gut und nachhaltig entwickeln könne. Sie würden das Ehrenamt fördern, wo man ja immer wieder höre, dass dieses weniger werde. Und sie würden vor allem der Gemeinschaft dienen und dazu, dass es eine Stadt sei, in der man gerne lebe. Sie hoffe, dass niemand von denen, die Subventionen benötigen würden, zu Bittstellern werden und dem Geld hinterherlaufen müssten für die Arbeit, die sie erbringen würden. Da meine sie alle, nicht nur Kultur- oder Sportvereine, sondern sie sehe auch Kinderbetreuungs- und Jugendeinrichtungen. Für die Arbeit müsse man dankbar sein. Es sei ganz wichtig, dass man in allen Bereichen schaue, wie man tatsächlich den Sparstift ansetzen könne. Das Ziel dürfe nicht sein, die Stadt Hall tot zu sparen. Man müsse stattdessen genau hinschauen und entscheiden, was wichtig und was nicht wichtig sei. Wenn sie als Mutter denke, sei es ihr für die Entwicklung einer Stadt lieber, ihr Kind könne in einem Fußballverein Fußball spielen lernen oder es könne in ein Kindertheater gehen, welches die Gedanken anrege, anstelle dass man im Salzlager stehe und einen Neujahrsempfang feiere.

GR Schirak erwähnt anfangs, dass die Keule betreffend Halbierung der Aufwandsentschädigung von der FPÖ heute kommen werde, sei ihm schon klar gewesen. Zu sagen, die EUR 150.000,- hätte man für etwas Wichtigeres hernehmen können, impliziere, dass die Arbeit der Mandatar*innen eigentlich unwichtig sei. Noch abwertender könne man diese Arbeit nicht darstellen; wobei er traurig finde, dass dies von Mitgliedern des Gemeinderates komme. Ansonsten bedanke er sich beim Finanzverwalter für die Erstellung des Voranschlages, für die vielen Überstunden und kurzen Wochenenden, sodass man nun ein Papier habe, über welches man diskutieren könne. Ebenso bedanke er sich bei StR Neuner als Obmann des Finanzausschusses, der diesen Prozess diesmal sehr breit aufgestellt habe, was ihm auch sehr viel Zeit gekostet habe; und für die vielen Informationen. So wie es ein Vorteil sei, dass der Bürgermeister ein Rechtsanwalt sei, sei es ein Vorteil, dass der Obmann des Finanzausschusses ein Banker sei. Man habe sehr tief in die Rücklagen gegriffen, dass man nun mit einer „schwarzen Null“ dastehe. Wobei man einen Bereich von EUR 135.000,- habe, mit dem man arbeiten könne, was angesichts eines Budgets von EUR 55 Mio. traurig sei. Gut EUR 3 Mio. müsse man also aus den Rücklagen entnehmen, um überhaupt eine „schwarze Null“ zu bekommen. Solche Rücklagen habe man höchstwahrscheinlich im nächsten Jahr nicht mehr. Von welchen Rücklagen solle man also nächstes Jahr leben? Eine Hauptaufgabe im Jahr 2024 sei es also zu überlegen, wie man das Budget 2025 machen werde. Wo man jetzt ja schon sehr viel einsparen müsse! Man habe im Sommer schon gewusst, dass es eine relativ knappe Geschichte sei. Er habe im Sommer als Referent für die Eisflächen noch EUR 100.000,- bekommen wollen, um diesen Winter einen Eislaufplatz machen zu können. Der Finanzverwalter habe das abgewiesen mit dem Hinweis, man habe das Geld dafür nicht. Da habe man schon gewusst, dass etwas in der Schräglage sei. Die Probleme seien nicht hausgemacht, sondern von außen gekommen. Wenn immer wieder gesagt werde, der Gehaltsabschluss sei so hoch und man müsse so viel an Gehältern zahlen, so sei er über jede Mitarbeiterin und jeden Mitarbeiter der Stadtgemeinde Hall in Tirol froh. Er persönlich freue sich auch über den

hohen Abschluss bei den Metallern. Das sei aber vom Bund vorgegeben. Was mache man in dem Unternehmen, in dem er arbeite, bei einem hohen Gehaltsabschluss? Man mache eine neue Preisliste, fahre mit den Verkaufspreisen hinauf, dann habe man die Spanne wieder da. Als Gemeinde stehe diese Möglichkeit nicht zur Verfügung, im Gegenteil! Die Einnahmen würden noch geringer. Man könne nur verteilen, was man habe. Ihm würden spontan fünf bis sechs Projekte einfallen, wo man sofort Geld hineinstecken könnte, das werde sicher noch kommen. Man denke an die Eisfläche, an den Sportplatz Schöneegg. Man könne sich aber nur nach der Decke strecken. Mehr sei jetzt diesbezüglich leider nicht möglich. Als Mitglied des Finanzausschusses lese er auf jeder Tagesordnung „Nachtragskredit“ und frage sich, warum man jetzt wieder einen solchen benötige. Das habe ihn bis dato eigentlich geärgert. Wie der Bürgermeister bereits gesagt habe, werde es in Zukunft so sein, dass man im Jahr 2024 hoffentlich sehr viel mit Nachtragskrediten arbeiten werde, weil das Geld vielleicht besser fließe als erwartet.

GR Viertl möchte gerne mit etwas anfangen, was Bgm. Margreiter in seinem Eingangsstatement erwähnt habe. Nämlich mit diesen EUR 75 Mio., von welchen zumindest in der Presse publiziert worden sei, dass sie als Finanzausgleich zur Verfügung stünden. Für jene, welche schon die erwähnten EUR 1,4 Mio. im Auge hätten: Das wäre in etwa die Hälfte des Abgangs, den man jetzt mit Kürzungen ausgleichen habe müssen. Solche Ausschüttungen würden in der Regel nicht linear erfolgen. Mit EUR 100,- pro Kopf könne man seiner Meinung nach nicht rechnen, sondern das werde wohl – wie bereits in der Vergangenheit – mit einem Verteilungsschlüssel erfolgen. Das bedeute in letzter Konsequenz, dass die Stadt deutlich weniger als EUR 1,4 Mio. bekommen werde. Mit dem Geld dürfe man in diesem Umfang nicht rechnen. Er wolle auch noch einen anderen Begriff aufgreifen, der glaublich von GR Sailer gekommen sei: Lobby. Es sei eine sehr starke Kulturlobby vorhanden und anwesend. Man habe im Vorfeld ja einige E-Mails bekommen. Das sei begrüßenswert, weil es das Engagement zeige, und dass das Budget, welches als Subventionen zur Verfügung gestellt werde, den Leuten wichtig sei. Ehrlich gesagt verwundere ihn ein bisschen, dass er keine Lobby gesehen habe, welche für die Altersheime kämpfe. Er habe keine Lobby gesehen, die für Kinderbetreuungsplätze kämpfe. Er habe keine Lobby gesehen, die für Infrastruktur kämpfe. Er glaube, das seien genauso wichtige Punkte, die man auch nicht vergessen dürfe. Wenn man sich überlege, dass ein alter pflegebedürftiger Mensch sich wahrscheinlich nicht selber herstellen und dafür kämpfen könne, dass sein Pflegeplatz finanziert werde! Genauso wie wahrscheinlich Kinder oder deren Eltern keine Möglichkeit hätten, in Erscheinung zu treten, um für Kinderbetreuungsplätze zu kämpfen, die sie brauchen würden. Nicht weil man die Kinder loswerden wolle und nicht imstande sei, diese selbst zu erziehen; sondern weil es eine wirtschaftliche Notwendigkeit sei, dass die Kinder betreut würden, damit die Eltern arbeiten gehen und das Geld verdienen könnten, um das Überleben zu ermöglichen. Zur Infrastruktur ein schnelles Beispiel: Er sei gestern Abend mit dem Auto vom Schwimmbad Richtung Stadt gefahren, da seien zwei Warnbaken aufgestellt gewesen, weil plötzlich zwei nicht unerhebliche Löcher in der Straße gewesen seien. Man dürfe ohnehin nur 30 km/h fahren, da sehe man das rechtzeitig. Was wolle er damit sagen? Es gebe viele Eventualitäten, die man heute noch gar nicht vorhersehen könne, mit denen man aber rechnen und kalkulieren müsse, dass sie passieren könnten. Er finde es toll vom Finanzverwalter und vom Finanzausschuss-Obmann, dass sie es geschafft hätten, eine „schwarze Null“ zu errechnen. Er habe aber in den Vorgesprächen schon gesagt, dass er glaube, eine „schwarze Null“ sei zu wenig. Eigentlich müsse man ein Zusatzbudget für derartige Eventualitäten mitberücksichtigen. Kein Mensch wisse, was nächstes Jahr tatsächlich kommen werde. Man habe seines Wissens bisher noch keine Stresstests gemacht, wie in Unternehmen in der Regel üblich. Da denke man

gewisse Szenarien durch, die passieren könnten. Was sei, wenn die Einnahmen deutlich zurückgingen, weil irgendetwas passiere? Was sei, wenn bei den Stadtwerken tatsächlich etwas passiere und die Stadt auf Grund der übernommenen Haftungen zur Kasse gebeten werde? Man erinnere sich an letztes Jahr, als die Gefahr bestanden habe, dass diese eine „ordentliche Miese“ machen würden! Was seien die Maßnahmen, um in so einem Fall ad hoc dagegen wirken zu können? Er glaube nicht, dass es funktionieren werde, dann zum Land zu gehen und zu sagen, dieses müsse helfen. Da brauche man einen „Plan B“. Wenn er in ein Flugzeug einsteige und einen Fallschirm mitnehme, so nehme er diesen nicht deshalb mit, weil er davon ausgehe, dass das Flugzeug abstürze. Wenn es aber abstürze, wolle er etwas haben, was ihm gewährleiste, heil am Boden anzukommen. Er sitze hier nicht nur als Mitglied des Gemeinderates, sondern auch als Obmann des Überprüfungsausschusses. Wie Vbgm. Schmid schon erwähnt habe, sei man verpflichtet, nach den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit zu arbeiten. Der Überprüfungsausschuss sei dazu installiert, diese Prinzipien zu überprüfen; formell das Abrechnungsmanagement etc. auf Richtigkeit. Er sei aber auch dazu angehalten, Investitionen und Subventionen auf diese Kriterien hin anzuschauen. Das sei oft nicht ganz so einfach. Wenn er zu den Subventionen komme sei es so, dass man dazu angehalten sei, gewisse Informationen einzuholen, etwa bei den Vereinen. Wofür sei das Geld ausgegeben worden, welchen Nutzen habe das für die Stadt gehabt, seien die Formalkriterien erfüllt, um eine Subvention bekommen zu dürfen? Interessant sei, wenn man diese Fragen stelle und bitte, entsprechende Informationen zur Verfügung zu stellen: Dann gebe es welche, die das wirklich toll machen würden, wo das einwandfrei sei und wo es keinen Kritikpunkt gebe; und es gebe einige - gar nicht so wenige -, wo man überhaupt keine Rückmeldung bekomme. Einen Punkt wolle er aufgreifen: Als damals eine Anfrage gestellt worden sei zu einer speziellen Subvention, zur speziellen Situation, die man beginnend mit 2020 und in den Jahren 2021 und 2022 gehabt habe, habe es nach seinem Wissensstand von überhaupt keinem Verein eine Rückmeldung gegeben. Als man wissen habe wollen, wohin die Corona-Subventionen versickert seien. Er tue sich da etwas schwer, sich dann heute dafür ins Zeug zu legen und Subventionen auszuschütten für Institutionen, welche wüssten, wo sie anklopfen müssten, wenn sie Geld benötigen würden - und sich heute entsprechend gebärden würden, wenn es darum gehe, dass es nun aus Notwendigkeiten heraus gekürzt werden müsse. Wenn man als Gemeinde dann aber einmal nachfrage, was mit dem Geld gemacht worden und ob es sinnstiftend verwendet worden sei, sei dann die „Response“ aber eher verhalten. Das sei sicher ein Punkt, den man im nächsten Jahr im Hinblick auf die Budgetsituation im Überprüfungsausschuss wesentlich stärker ins Auge fassen werde. Er wolle klar darauf hinweisen, dass ausgeschüttete Subventionen refundiert werden müssten, wenn dieser Auskunftspflicht nicht ausreichend nachgekommen werde. Das gehöre dazu. Man befinde sich in einer prekären Situation, und die Stadt Hall neige schon dazu, es jedem recht zu machen und für jeden das Bestmögliche zu erreichen. Dass der Gürtel nun enger werde und zwicke, sei der Realität geschuldet. Umgekehrt müsse man sich erwarten können, dass man ein entsprechendes Feedback bekomme, wenn man nach dem zweckmäßigen Einsatz der Mittel frage.

GR Staudinger äußert, er habe nun eine Zeitlang zugehört bei dieser Diskussion. Er streiche nun einmal die Hälfte der Argumente weg, sonst würde er sagen, „Willkommen bei der Nationalratswahl!“ Man habe alle Argumente angebracht, die man auch bei einer Nationalratswahl bringe. Heute gehe es darum, einem Budget zuzustimmen oder dieses abzulehnen. Eine Enthaltung verstehe er überhaupt nicht, das sei weder Fisch noch Fleisch. Damit hätte man überhaupt keinen Auftrag, irgendeine Botschaft zu senden. Ihm gehe es um das Thema Vernunft. Der Schlüssel für alles, was man mache, sei die Kommunikation. Wenn die Kommunikation – wie es heute schon ein bisschen kritisiert

worden sei – nicht zu 100% passe - um das vorsichtig zu formulieren -, mache man dem Populismus die Türe auf. Jeder der ihn kenne wisse, dass er vom Populismus gar nichts halte. Ein Budget sei unpopulär, und gerade in Krisenzeiten seien unpopuläre Entscheidungen das Schwerste, was man verkaufen könne. Man habe von Sportvereinen, Kulturvereinen etc. gehört und es sei tragisch genug, dass man da sparen müsse. Natürlich vertrete jeder Vertreter oder jede Vertreterin eines Vereins die Eigeninteressen, was absolut richtig sei. Er würde das auch, er sei ja selber Vereins-Vizeobmann. Man müsse aber tiefergehender sparen, weil es nicht um EUR 500.000,-, sondern um EUR 3 Millionen gehe. Oder es gehe um noch mehr. Da appelliere er an die Vernunft jedes Mitglieds des Gemeinderates, jedes Vereinsfunktionärs, - von jedem, der irgendwelche Berührungspunkte mit derartigen Sparmaßnahmen habe, - das Ganze mit einem ausreichend großen Weitblick zu sehen. Da komme es auf das Thema Kommunikation an. Wenn er heute dem Budget zustimme, habe er damit sozusagen auch den Auftrag, man müsse in die Kommunikation gehen, einen Weitblick haben. Sodass die Gespräche weitergeführt würden und nicht der Sparstift mit einem Lineal darüber gezogen werde, sondern dass man tatsächlich schaue, dass niemand auf der Strecke bleibe. StR Schatz und er würden später gemeinsam einen „Absichtsantrag“ stellen, dass es gerade beim „Park in“ zu keinen Kürzungen komme und die Subventionen gleichblieben. Weil sie das für sehr wichtig halten würden. Er ersuche alle, gemeinsam vernünftig zu sein und nicht dem Populismus zu verfallen. Und auch keinem Wahlkampf zu verfallen.

GR Hinterholzer bedankt sich beim Finanzverwalter und bei Ausschussobmann Neuner für das vorgelegte Budget, er schätze ihre intensive Arbeit. Er verstehe, dass das Erstellen des Budgets durch die gesunkenen Einnahmen eine Herausforderung gewesen sei. Die Diskussionen über das Budget würden nicht nur klare Visionen, sondern auch die Bereitschaft erfordern, Kompromisse einzugehen. Das Ziel solle sein, beste Ideen aus allen politischen Lagern zu vereinen und das bestmögliche Ergebnis für die Bürgerinnen und Bürger zu erzielen. Jedoch wolle er anmerken, dass einige Punkte nicht im Budget berücksichtigt worden seien. Wie beispielsweise die Fahrradwege wie in der Oberen Lend, städtische Fahrzeuge wie der LKW, die Sanierung von Brücken und die Sanierung bzw. Errichtung von Bildungseinrichtungen wie Hall-West. Ihm sei bewusst, dass man Abstriche machen müsse. Diese Punkte seien aber wichtig. Man stehe vor schweren Herausforderungen. Da würde er sich wünschen, dass das Land und der Bund mehr unterstützen würden. Eventuell gebe es da ja noch Möglichkeiten.

Vbgm. Hackl bemerkt, er habe nun auch schon länger zugehört und wolle grundsätzlich etwas zum Budget sagen. Zunächst danke an die Beamten. Der Finanzverwalter habe das sehr transparent gestaltet, alle Unterlagen zur Verfügung gestellt und die Diskussion gut entfacht. Man habe mehrere Fraktionsführersitzungen gehabt, ebenso Finanzausschusssitzungen, wo man die Situation schon sehr gut und eingehend beraten habe. Trotzdem wolle er das Vorgehen noch einmal Revue passieren lassen. Der Bürgermeister habe nicht die ganze Wahrheit gesagt. Die ganze Wahrheit sei, dass die TGO vorsehe, dass bis längsten 31. 12. der Gemeinderat den Voranschlag festzusetzen habe. Das hätte also nicht heute passieren müssen, oder die Auflage am 27. 11. Man hätte durchaus noch eine zusätzliche Gemeinderatssitzung machen können, um das zu erledigen. Es wäre eben vielleicht auch noch gegangen, einen zusätzlichen Termin zu machen. Jedenfalls habe man am 20. 11. eine Fraktionsführersitzung gehabt und an diesem Tag gemeinsam vereinbart, sich den vom Finanzverwalter ausgearbeiteten Voranschlag noch einmal anzuschauen, wo man kürzen müsse. Man habe damals gewusst, EUR 3 Millionen einsparen zu müssen. Um zu wissen, was damals dringestanden sei: So sei beispielsweise die Subvention für das „Park in“ im Entwurf noch mit EUR 320.000,- enthalten gewesen. Jetzt stünden EUR 272.000,- drin. Bei der allgemeinen Sportförderung seien EUR 165.000,- dagestanden, jetzt stünden EUR 94.000,- drin. Bei den „Maßnahmen zur

Förderung von Galerien, Chören und Orchestern, Musikpflege“ seien EUR 175.000,- dringestanden. Jetzt stünden EUR 89.800,-. Bei den Theaterprojekten seien EUR 55.000,- gestanden, jetzt stünden dort EUR 27.500,-. Das gehe so weiter. Das Stromboli sei dringestanden mit EUR 65.000,-, jetzt stünden drinnen EUR 27.500,-. Sprachsalz EUR 35.000,- im Entwurf, den sie bekommen hätten; jetzt EUR 12.000,-. Sie hätten nicht gewusst, dass die Auflage am 27.11. erfolge. Man habe am 27.11. Kulturausschusssitzung gehabt, und alle seien vor der Situation gestanden, dass man ein neues Projekt präsentiert bekommen habe, vorher aber gerade der Voranschlag mit E-Mail gekommen sei; und sie hätten dann gesagt, sie könnten nicht verstehen, dass man dann so ein Projekt präsentiere, wenn man im nächsten Jahr kein Geld habe. Man habe vereinbart gehabt, sich am 5.12. noch einmal zusammzusetzen, um über die Kürzungen zu sprechen. Es sei klar, dass der Bürgermeister das Budget auflegen müsse und das somit dem Bürgermeister obliege. Gerade in schwierigen Situationen wäre es wichtig, jemanden an der Spitze zu haben, der erforderliche Entscheidungen treffe. Das gehöre zum Job. Er würde sich aber erwarten, dass man offen miteinander diskutiere. Bis jetzt sei das auch immer gemacht worden. Bis jetzt habe er die Zusammenarbeit immer als äußerst konstruktiv, sehr auf Augenhöhe und als sehr gut empfunden. Er sei der Meinung, dass man sich nicht drücken und sagen könne, man enthalte sich, oder man verschiebe das. Es ändere an der Situation nichts. Die wirtschaftliche Lage werde sich nicht ändern, man werde nicht mehr Einnahmen bekommen. Man werde vor der Herausforderung stehen, diese Lücke irgendwie zu füllen mit dem Geld, welches man zum Wirtschaften habe. Diese Herausforderungen habe man heute, in einem und in zwei Monaten. Dem müsse man sich einfach stellen. Deshalb sei es richtig, dass man heute über dieses Budget spreche. Es gehe sehr viel um das Thema Subventionen, was ein wichtiges Thema sei. Gerade die Vereine würden viele wichtige Aufgaben in der Stadt übernehmen. Die würden Jugendarbeit machen, Kulturarbeit; Dinge, welche die Stadt sich nicht leisten könnte, wenn sie diese bezahlen müsste. Indem man Subventionen ausschütete, habe man einen großen Multiplikator. Die Vereine würden wirklich eine tolle Arbeit leisten. Da müsse man aus der Sicht der Stadtpolitik einmal danke sagen. Es sei ganz wichtig, dass die Vereine weiterhin arbeiten und bestehen könnten. Man habe dann gesagt, man wolle die Subventionsrichtlinien ändern. Da sei dann schon die Kritik gekommen, dass das keine richtigen Richtlinien seien. Man habe gesagt, man wolle das möglichst niederschwellig halten und allen Vereinen die Chance geben, zu rechtfertigen, wofür sie denn überhaupt da seien und was sie für die Stadt leisten würden. Diese einfachen Kriterien – was mache man für die Stadt, was habe man letztes Jahr für die Stadt gemacht, was seien die Pläne für das nächste Jahr, was koste das, wie wolle man das finanzieren, welchen Finanzierungsbedarf habe man, weshalb suche man um eine Subvention an? – das hätten die Vereine schicken müssen. Viele von den Vereinen hätten das nicht gemacht. Da sei er auch klar der Meinung, dass die dann auch keine Subvention bekommen sollten. Viele hätten das aber gemacht und viele Vereine hätten schon gut dargelegt, welche wichtige Arbeit sie für die Stadt machen würden. Deshalb wolle er einen konkreten Vorschlag machen, genauso wie der Vorschlag von GR Staudinger und von StR Schatz. Auch von GR Schirak sei das gekommen. Nämlich dass man das „Park in“ für die Jugendarbeit nicht kürze, weil es besonders wichtig sei und man gerade in diesen Zeiten für die Jugend Geld zur Verfügung stellen müsse. Da müsse man sagen, woher man das nehme. Auch für Kultur- und Sportvereine sei es wichtig, dass man die Kürzungen nicht so stark ausfallen lasse. Deshalb würde er anregen, einen Topf zu schaffen, in den man Mittel hineingebe, die man abzweigen könne. Dieser Topf solle für Projekte im laufenden Jahr zur Verfügung gestellt werden. Wie man das genau ausgestalte, müsse man sich überlegen – ob man da beispielsweise vierteljährlich einen Call mache, bei dem sich die Vereine bewerben könnten, und die Stadt zahle dann die Subventionen; oder man fördere Projekte. Es wäre auch gut, mit den einzelnen Vereinen näher in Kontakt zu treten. Konkret habe er nun zwei Vorschläge. Einmal habe man im Haushaltskonto „Instandhaltung von Gebäuden und Bauten“ EUR 200.000,-. Davon könnte man EUR 100.000,- nicht angreifen und für Instandhaltungen somit nur EUR 100.000,- vorsehen. Da gehe es um die Sanierung von Wohnungen. Man könne wohl eher verkraften, dass man eine Wohnung freistehen lasse, anstelle dass man alle Vereine gefährde. Dann gebe es noch einen Budgetposten „Stadtfest“ mit EUR 36.000,-. Die würde er auch streichen. Man

könne nicht ein Stadtfest machen; da handle es sich glaublich um das Mittelalterfest, welches wenige Tage gehe. Das stehe in keinem Verhältnis zu einem ganzen Jahr Kulturarbeit. Das wäre die Anregung, dass der Gemeinderat eine Absichtserklärung abgebe, zumindest diese EUR 136.000,- initial in den Topf hineinzugeben und im Laufe des Jahres diesen Topf weiter zu befüllen, falls sich zusätzliche Erlöse erschließen würden oder man Mittel habe - damit man das reiche und großartige Vereinsleben in Hall weiter unterstütze. Wie gesagt mit Ziel und Bedacht. Die Vereine müssten glaubhaft darlegen, wofür sie das Geld brauchen würden, und dass sie es tatsächlich brauchen würden.

Bgm. Margreiter zitiert § 93 der Tiroler Gemeindeordnung: „Der Bürgermeister hat den Entwurf des Voranschlages für das kommende Finanzjahr spätestens bis Ende November für die Dauer von zwei Wochen im Gemeindeamt zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen.“ Am 27.11. habe der Entwurf aufgelegt werden müssen, wenn für die heutige Gemeinderatssitzung, welche für den 12.12. bereits terminisiert gewesen sei, eine Beschlussfassung möglich sein solle. Das gehe gar nicht anders. Dass bei diesem Entwurf am Schluss eine „schwarze Null“ stehen müsse, sei auch vollkommen klar gewesen. Mit den Summen, welche Vbgm. Hackl vorhin erwähnt habe, wäre diese „schwarze Null“ nicht darstellbar gewesen. Noch einmal: Es gebe jederzeit die Möglichkeit, das abzuändern.

Vbgm. Hackl bestätigt, dass die Auflage bis Ende November erfolgen müsse. Natürlich hätte man zusätzlich noch eine Sitzung machen können. Ebenfalls in der TGO stehe – und das sei, wie er glaube, noch viel wichtiger –, dass jeder Gemeindegänger, jede Gemeindegängerin die Möglichkeit habe, zum Voranschlag Einwendungen schriftlich einzubringen. Seine Frage sei, ob es Einwendungen gegeben habe. Es stehe nämlich auch in der TGO, dass diese dem Gemeinderat vorzulegen seien und behandelt werden müssten. Soweit er wisse, hätten sich die Kulturschaffenden an die Mitglieder des Gemeinderates gewandt. Sei das kein Einwand?

Bgm. Margreiter antwortet, schriftliche Einwendungen gegen den Voranschlag gebe es nicht, ihm sei diesbezüglich nichts bekannt.

Vbgm. Hackl verweist auf mehrere E-Mail-Verkehre; gestern habe es eine Sitzung gegeben.

Bgm. Margreiter weiß nicht, wer wem welche Mails schicke. Es gehe um schriftliche Einwendungen gegen den Entwurf des Voranschlages, derartige schriftliche Einwendungen seien bei der Gemeinde nicht eingegangen. Wenn bei Gemeinderäten etwas einlange oder am Tisch diskutiert werde, sei das keine schriftliche Einwendung, wie es im Gesetz stehe. Beim Budget sei das gesetzliche Prozedere zu berücksichtigen. Trotzdem seien über diese Themen Gespräche geführt worden. Er könne keine schriftlichen Einwendungen vorlegen, wenn keine eingegangen seien. Er könne nichts anderes sagen.

Vbgm. Hackl hat eine E-Mail an den Bürgermeister der Stadt Hall vorliegen, allen Gemeinderäten zur Kenntnis. Im Betreff stehe „Stellungnahme Budgetentwurf 2024“. Auf die Frage von Bgm. Margreiter nach dem Eingangsdatum antwortet Vbgm. Hackl, das sei am 30.11.2023 gewesen. Der Bürgermeister habe auf diese E-Mail – glaube er – selbst geantwortet. Auf Frage von Bgm. Margreiter antwortet Vbgm. Hackl, diese E-Mail sei vom „Forum Kultur Hall“. Bgm. Margreiter ist der Meinung, das wäre ja keine Einwendung gegen den Voranschlag. Vbgm. Hackl zitiert den Betreff der E-Mails als „Stellungnahme Budgetentwurf.“ Bgm. Margreiter entgegnet, man brauche Einwendungen gegen den Voranschlag. Da sei es wohl um die Richtlinien gegangen, worauf er geantwortet habe, dass eine 50%-Kürzung zu erwarten sei.

Vbgm. Hackl verliest die entsprechende E-Mail:

„Sehr geehrter Bürgermeister, lieber Christian, sehr geehrte Gemeindevertreter:innen, bezugnehmend auf den aufliegenden Budgetentwurf für 2024 möchten wir zu den geplanten Kürzungen im Kulturbereich Stellung nehmen. In diesem Entwurf ist vorgesehen, langjährig in und für die Stadt Hall tätige Kulturschaffende durchgehend um 50% zu kürzen. Das betrifft unter anderem sämtliche Theaterprojekte wie die Haller Gassenspiele, Das Theater Szenario, das Theater im Sudhaus im Lobkowitz, das

Kulturlabor Stromboli, die Galerie St. Barbara, das Literaturfestival Sprachsalz und den BurgSommerHall. Alle diese Einrichtungen sorgen seit Jahrzehnten für ein aktives und reges Kulturleben der Stadt Hall...“ usw.

Bgm. Margreiter bezweifelt, auf diese E-Mail geantwortet zu haben. Vbgm. Hackl antwortet, es habe dann beim Bürgermeister den Termin gegeben. Ob er auf diese E-Mail geantwortet habe, wisse er nicht. Es sei für ihn aber zweifellos eine Stellungnahme zum Budget.

Bgm. Margreiter ist diese E-Mail nicht bekannt. Ihm sei die vorhergehende E-Mail bekannt, wonach die neuen Richtlinien nicht mit der Arbeitsrealität übereinstimmen würden. Daraufhin habe er gebeten, ihm das näher mitzuteilen, und zu einem Besprechungstermin eingeladen. Das sei aber nicht diese E-Mail gewesen. Er müsse schauen, wo das gelandet sei. Man werde überprüfen, was es damit auf sich habe.

GR Henökl erinnert daran, dass der Obmann des Finanzausschusses im letzten Jahr seine Rede damit eröffnet habe, dass es ein schönes Werk sei. Das habe er glaublich dieses Jahr nicht wiederholt. Maßgeblich dafür dürfte sein, dass das einzig Schöne am Voranschlag der Einband sei, wobei der Inhalt für das nächste Jahr nicht wirklich begrüßenswert sei. Bevor er seine Meinung zu den Investitionen kundtue, müsse er zwei bis drei Punkte herausheben. Das sei nun sein achttes Budget, seit er im Gemeinderat sitze. In der Vergangenheit habe man darüber nicht so hart diskutieren müssen. Jetzt müsse aber extrem viel gestrichen werden. Er wolle noch einige Sachen hervorheben, wo ihrer Einschätzung nach Einsparungspotenzial gewesen wäre. Ersatz-Gemeinderat Hanel habe schon einiges genannt wie beispielsweise den Marktanger. Bei den Mitgliedsbeiträgen an Vereine und Verbände sei der Tiroler Gemeindeverband enthalten, wo sie sich glaublich schon in der letzten Gemeinderatssitzung dafür ausgesprochen hätten, dass man aus diesem Verband aussteigen solle. Dann habe man eine Subvention für die Volkshochschule, welche heute noch nicht erwähnt worden, für ihn aber ein wichtiger Faktor sei für das Gemeinleben in Hall. Das werde von EUR 17.000,- auf EUR 8.500,- gekürzt. Beispielsweise Gesundheit/Energieberatung von EUR 20.000,- auf EUR 5.000,- gekürzt. Die Wirtschaftsförderung/Gratisparkstunde werde quasi über die Hintertüre abgeschafft, wobei es für ihn fraglich sei, dass man gegen einen bestehenden Gemeinderatsbeschluss im Voranschlag lediglich die Hälfte veranschlage. Die Lehrstellenförderung sei von EUR 10.000,- auf null gesenkt, also ausgehebelt worden. Das seien Punkte, wo sie sich entweder für eine Erhöhung ausgesprochen hätten, bzw. für eine Erweiterung. Bei den Investitionen habe man einige große vorliegen. Die Tribüne Lend sei das letzte Mal drinnen, diese werde nächstes Jahr erworben. Dann habe man ein Fahrzeug für die Feuerwehr offen, welches zu zahlen sei. Ein riesen Brocken - was er verstehen könne - sei das Freischwimmbad, wo die Kosten entsprechend nach oben gegangen seien. Da hätten sie allerdings bereits letztes Jahr aufmerksam gemacht und davor gewarnt, dass man das nicht angehen solle - wie auch beim Thema Marktanger, dass man die EUR 500.000,- sparen und anders besser einsetzen könne. Nicht enthalten sei ein Kindergarten in Hall/West. Er glaube, der sei schon vor seiner ersten Periode im Gemeinderat diskutiert worden; wahrscheinlich sei er noch im Kindergarten gewesen, als dieser das erste Mal diskutiert worden sei. Der existiere immer noch nicht. Und werde nächstes Jahr auch nicht existieren. Zum Sportplatz Schönegg könne er eigentlich seine Rede vom letzten Jahr wiederholen. Da sei man sich nicht sicher, ob man nächstes Jahr aus haftungstechnischen Gründen überhaupt zusperren müsse, das könne jeden Tag passieren. Dass es nächstes Jahr in Hall keinen Eislaufplatz geben werde, sei für ihn extrem tragisch und ein Zeichen dafür, dass der Haller Stadtpolitik,

insbesondere der Rot-Gelb-Grünen-Ampelkoalition, der Sport in Hall überhaupt nichts wert sei. In jedem Dorf da draußen würde es einen Eislaufplatz geben. Dass man kein Geld für einen Eislaufplatz habe, sei ihm vollkommen unbegreiflich. Er wisse nicht, was er dazu noch sagen solle, dass eine Stadt mit über 14.500 Einwohnern keinen Eislaufplatz habe. Das sei eine Frage der Prioritätensetzung. Das sei eine riesen Aufgabe der Haller Stadtpolitik. Wenn man schon Einsparungen mache, müsse man Prioritäten vielleicht ein bisschen anders setzen und sich überlegen, ob man bei Sport auch so viel wegstreichen müsse oder ob man die Kultur vielleicht ein bisschen hinten anstellen könne. Da würden ihnen auch noch einige Posten einfallen, wo man die eine oder andere Stellschraube drehen könne. Letztes Jahr hätten sie bereits gewarnt. Er nehme da auch Vbgm. Schmid nicht aus. Sie sei da immer mit im Boot und sozusagen der Navigator am Beifahrersitz des Bürgermeisters. Sie seien beim Marktanger ja auch dabei gewesen. Wenn man Navigator sei, müsse man damit einverstanden sein, wo man am Ziel ankomme. Er appelliere noch einmal an die SPÖ, die Grünen und vor allem an die ÖVP, bei diesem Voranschlag nicht mitzustimmen. Dieser sei ein Armutszeugnis für die Haller Stadtpolitik.

*Vbgm. Schmid möchte in Hinblick auf einige erfolgte Wortmeldungen replizieren. Es sei nett, dass GR Henökl sie als „Navigator“ bezeichne. „Nett“ sei halt keine politische Kategorie. Sie sei wahrlich kein Fan dieses Budgets. Sie habe große Probleme mit der Vorgehensweise. Wenn es darum gehe, wofür man letztes Mal wie zugestimmt habe – über was rede man dann? Dass man gesagt habe, „Oje! Achtung! Alarm! Der Marktanger bleibt eine „Gstätt?“ Dass man gesagt habe, „Achtung! Oje! Das Stadtfest ist viel zu teuer?“ Rede man da über den Plastikislaufplatz und dass man sich den sparen könne? Das bringe nichts und das seien populistische Reden und Aussagen. Da habe sie weder Zeit noch Geduld, im Haller Gemeinderat auf dieser Ebene zu diskutieren. Das wolle sie in aller Klarheit sagen. Zu Vbgm. Hackl gewandt finde sie es löblich, dass es da nun einen Topf geben solle und man dann versuche, über Abänderungsanträge hin- und herzuschieben und vielleicht noch etwas zu retten. Das sei aber genau das Problem, welches in der letzten gemeinsamen Besprechung erwähnt worden sei und wo die SPÖ gewarnt und darauf hingewiesen habe, dass man nicht Bereiche gegeneinander ausspielen dürfe, so wie es GR Henökl nun gesagt habe, nämlich weniger Kultur und mehr Sport. Um beispielsweise die Wohnungssanierungen anzusprechen, sei das für sie ein Zeichen, dass das Budget noch nicht zur Beschlussfassung reif sei. Was stecke hinter diesen Wohnungssanierungen? Um ein Beispiel zu nennen, gehe es da um eine Familie mit glaublich fünf Kindern, eines davon leider mit einer körperlichen Behinderung, die am freien Wohnungsmarkt in der Stadtgemeinde Hall zu diesen Preisen null Chancen habe, irgendwo eine barrierefreie Wohnung zu erhalten. Der Liegenschaftsverwalter sage im Rahmen der Sanierung städtischer Wohnungen, er hätte das ideale Objekt, um eine Wohnung barrierefrei zu gestalten, damit genau diese Familie in Hall endlich würdevoll, barrierefrei und leistungsfähig leben könne, wie es sich gehöre. Das seien dahinterstehende Schicksale. So etwas gehöre nicht hier, sondern bereits vorher diskutiert und das Budget dann so beschlossen, dass es passe. Das sei nur ein kleines Beispiel. Sie habe heute ihren Kolleg*innen versprochen, dass sie sich nicht in Beispielen verzetteln werde. Töpfe, wo wieder Vereine, Organisationen und Institutionen, wer auch immer – ob es auch die Haller Tafel sei, die ebenso gekürzt worden sei – zu den Ausschussobleuten kommen und erklären würden, warum sie etwas aus diesem Topf brauchen würden! Wer beurteile das dann? Das werde vorne und hinten nicht funktionieren. Davor warne sie. Ja, der Bürgermeister müsse das Budget auflegen; sie bitte aber alle inständig*

darum, man könne das Budget heute einfach ablehnen, alle könnten sich enthalten und dann ein gescheitertes Budget machen.

GR Schober stellt die Frage, wann man dann die Zeit und das erforderliche Ideenpotenzial haben werde, das in der Art und Weise dann noch einmal auf die Füße zu stellen. Er wolle jetzt nichts wiederholen, weil vieles schon gesagt worden sei. Was man aus der Diskussion mitnehmen solle, seien Lerneffekte für das Budget 2025. Es sei nun, wie es sei. Vielleicht sei es möglich, eine Budgetaufgabe etwas früher zu machen und nicht ganz knapp auf das letzte Datum hin. Die Zeiten würden wahrscheinlich in den nächsten Jahren eher schwierig sein. Dann könne man diese Punkte genauer unter die Lupe nehmen. Einnahmenseitig sei ihm in der Diskussion aufgefallen - wo von Lobbying gesprochen worden sei -, dass man auch eine Lobby habe, nämlich den Tiroler Gemeindeverband. Man solle den Gemeindeverband auch dazu nutzen, um die Themen vorzubringen. Es werde anderen Gemeinden ähnlich gehen wie der Stadt Hall. Man sei nicht alleine mit diesen Schwierigkeiten konfrontiert. Da sei vielleicht noch das eine oder andere drinnen, um für die Städte und Gemeinden einnahmenseitig etwas zu lukrieren.

GR Sailer bezieht sich auf die Wortmeldungen von GR Henökl und Ersatz-GR Hanel betreffend den Marktanger. Er glaube, GR Henökl sei mit ihm einer Meinung, dass das vorher eine „Gstätt“ gewesen sei. Wer glaube, dass der Abbruch in drei Jahren billiger geworden wäre, habe wirtschaftlich gesehen nichts gelernt. Weil eben angeführt worden sei, dass das teuer gewesen sei und man sich Geld sparen hätte können. In drei Jahren hätte man sich in noch höhere Kosten gestürzt. Die Politik der Vergangenheit in Hall zeige ja auf, was passiere, wenn man notwendige Reparaturen auf die lange Bank schiebe. Wenn man etwa in einer Niedrigzinsphase das Schwimmbad nicht saniere, dann müsse es jetzt in einer Hochzinsphase saniert werden. Wenn man das damals zu geringeren Zinsen in Angriff genommen hätte, hätte man viel Geld gespart. Aufschieben bringe seiner Meinung nach nichts. Er sei aber um jeden Vorschlag froh – auch von Seiten der Fraktion von GR Henökl –, Töpfe zu finden, wo man EUR 3 Millionen herbringe.

GR Schirak bezieht sich auf die Frage von Vbgm. Schmid, wer die Anträge beurteilen und das Geld verteilen solle. Es seien heute schon die Richtlinien angesprochen worden für Vereine etc. in Hall, mit der Frage, was dieser Verein für Hall bringe. Wer solle denn das beurteilen? Ja - die Ausschüsse! Für das seien sie ja da, um sich ein Urteil zu bilden. Es gebe viele Angelegenheiten, wo man nicht einfach eine mathematische Formel machen könne. Gerade in der Stadtgemeinde könne man nicht irgendeine Gleichung aufstellen, wo unten das Ergebnis herauskomme. Darüber müsse man diskutieren, und der Ausschuss werde eine Empfehlung abgeben. „Business as usual“ - man werde das wie in vielen anderen Bereichen auch machen, wenn man einen derartigen Fördertopf auflege. Es seien jetzt schon viele Vorschläge gemacht worden, wo man Geld sparen könne. Könne oder müsse! Gerade wenn man über Wohnungssanierungen diskutiere, so seien vom Bürgermeister auch schon andere Vorschläge gemacht worden, wie man Wohnungen sanieren könne, nicht nur aus dem Budget über EUR 200.000,-. Da gebe es auch andere Überlegungen. Man habe auch dieses Jahr schon Überlegungen angestellt, wie man Wohnungen günstiger sanieren könne. Da würde man aber nun ins Detail gehen. Wie man sehe, habe man im Jahr 2024 extremen Diskussionsbedarf für das Budget 2025. So leid ihm das für den Finanzverwalter tue – wenn jetzt das Budget für 2024 beschlossen werde, fange morgen das Budget 2025 an. Das sei bitter.

GR Pfohl vertritt die Meinung, die Richtlinien und Entscheidungsgrundlagen dafür, wer Subventionen bekomme und wer nicht, müssten so gestaltet sein, dass jeder die Entscheidung treffen könne. Die müssten so gestaltet sein, dass kein politischer Gedanke dahinterstehen dürfe. Es dürfe etwa nicht sein, dass die SPÖ sage, „Wenn du sozialdemokratische Ansätze hast, bekommst du etwas.“ Das müsse wirklich objektiv und unabhängig beurteilt werden. Wenn man davon rede, einen neuen Fördertopf zu schaffen, brauche man genauso Richtlinien. Da nehme sie sich lieber drei Monate Zeit – und die Zeit werde man sich nehmen müssen –, um gute Subventionsrichtlinien auszuarbeiten, welche zunächst ordentlich in den Ausschüssen diskutiert und dann im Gemeinderat beschlossen werden müssten. Sie könne sich nicht daran erinnern, dass die Richtlinien, über die jetzt ständig geredet werde, beschlossen worden seien. Die Zeit, die man dazu verwende, einen Fördertopf auszuschütten, verwende man lieber dazu, um – wie es heute alle schon gesagt hätten – wirklich hinzuschauen, was man wie umschichten könne. Sie bitte auch darum, davon Abstand zu nehmen, jetzt schon damit anzufangen, dass der eine mehr brauche als der andere. Sie hätte auch einige Beispiele im Ärmel, die aus ihrer Sicht dringend etwas brauchen würden. Sie verwehre sich ebenso dagegen, dass man sage, man sei einem Verein nahe. Man müsse eben probieren, das außen lassen zu können, wer welchem Verein nahe sei, um das objektiv beurteilen zu können. Für sie sei die Diskussion, dass man jetzt schon mit Fördertöpfen, Abänderungsanträgen, wer mehr oder weniger oder was anderes brauche, komme, ein Zeichen dafür, dass der vorliegende Budgetentwurf überarbeitet werden müsse. Sodass man sich heute mangels Entscheidungsgrundlage enthalten oder dagegen sein müsse.

GR Staudinger führt aus, schwierige Zeiten seien genau für jene, die immer einfache Antworten finden wollten bzw. dies versuchen würden – welche aber inhaltsleer wären. Der Vorschlag von Vbgm. Hackl sei eine Idee, wie man einen derartigen Topf bestellen könne. So solle man das auch stehen lassen. Er wolle auch nicht abwägen, ob der Sport mehr brauche als die Kultur; das wäre genau der falsche Weg. Er wolle aber den Sportvereinen ein Lob aussprechen, weil die sich alle im Ausschuss vorgestellt und präsentiert hätten, was sie für Hall machen würden. Das habe im Sportausschuss funktioniert. Wenn man einen Tag festlege, bis zu dem alle Anträge für das kommende Jahr eingebracht werden müssten, könne man sich objektiv ein Bild machen, wer was auf welche Weise brauche und „verdienne.“ Das könne ja beispielgebend sein. Wenn man das für das kommende Jahr vorab habe, lasse sich das dementsprechend den Vereinen gegenüber auch verkaufen. Er meine das nicht nur auf den Sport bezogen, sondern hinsichtlich aller Vereine. So könne es und solle es seiner Meinung auch gehen.

GR Katzengruber möchte sich Vbgm. Schmid anschließen. Mit dem „Hätte ich, würde ich, täte ich“ hätte man ein funktionierendes Schwimmbad, intakte Sportstätten und würde nicht vor dem Problem sitzen, dass man das alles sanieren bzw. aufschieben müsse. Wie komme man mit dem Erbe überhaupt weiter? Jetzt gehe es darum, gemeinsam in die Zukunft zu blicken und die Zünder und Spalter beiseite zu schieben. Er appelliere für eine „Cooling down-Phase“ auf das nächste Jahr, um dann gemeinsam in die Zukunft zu schauen und das mitzutragen, ohne dass man sich als Haller Bürger*innen spalten lasse.

GR Viertel möchte noch einmal auf die letzte Budgetsitzung am 5.12.2023 zurückkommen und ein ihm sehr gut gefallendes Beispiel erwähnen. Es gehe um die Wortmeldung von Ersatzgemeinderat Erbeznik, welcher für die Umwelt dagesessen sei - welche auch wichtig sei -, und gesagt habe, ihm sei bewusst, dass man sparen müsse und dass man das Geld nicht habe, um alles umzusetzen, was man umsetzen solle. Deshalb habe er gewisse Dinge eingespart und versucht, auf diese Weise einen positiven Beitrag zu leisten, dass man mit dem Budget zusammenkomme. Dieser Ansatz gefalle ihm extrem gut. Er höre hier drinnen nur Kampfgeschrei, dass man dieses und jenes nicht kürzen dürfe, und dass man diesen oder jenen auch nichts wegnehmen könne. Er höre aber kaum Vorschläge, dass jemand sage, er verstehe, dass man das Geld nicht habe. Vielleicht müsse man wirklich einmal bereit sein, in der Kultur einen Schritt zurückzumachen und zu versuchen, mit weniger Geld zurechtzukommen. Vielleicht müsse man auch bei den Sportstätten einen Schritt zurückmachen und sagen, dass man sich nächstes Jahr vielleicht einen Eislaufplatz nicht leisten könne und das eben 2025 oder 2026 versuche. Immer ins Gefecht zu führen, dass man etwas brauche oder jemandem etwas antue, finde er nicht gut. Das Thema des Abwägens werde sehr negativ wahrgenommen. Wenn man einen gewissen begrenzten Geldtopf habe, werde man priorisieren müssen. Er sage nicht „abwägen“, sondern „priorisieren“. Dann werde man sich dazu bekennen müssen, dass man vielleicht Institutionen – zu denen aus seiner Sicht ein Altersheim dazugehöre, welches eine absolute Notwendigkeit sei -, priorisiert behandle. Was mache man sonst mit einer pflegebedürftigen Person, die von der Familie oder sonst keine Möglichkeit habe, gepflegt zu werden? Wolle man diese Person auf die Straße setzen, oder was mache man sonst damit? Was mache man mit Kindern, die eine Tagesbetreuung brauchen würden? Sage man, die sollten sich halt selbst beschäftigen, oder siedle man diese woanders hin, sodass sie dort schauen sollten, wie sie zurande kämen? Zum Thema Infrastruktur: Wenn beispielsweise Investitionen ins Haller Stromnetz notwendig seien - wenn man da nichts mache, werde man dann irgendwann den viel zitierten Blackout haben. Dann schaue er sich an, wie alle Institutionen zurechtkämen, wenn man keinen Strom mehr habe. Man müsse priorisieren und sich dazu bekennen. Alles sei nicht möglich, man mache ohnehin, was gehe. Irgendwann müsse man sagen, dass man jemandem den Vorzug gebe, und ein anderer müsse eben zu einem späteren Zeitpunkt bedient werden. Auf einen Punkt wolle er noch hinweisen: Was sei, wenn man mit dem Budget nicht zurechtkomme? Was mache man in Hall, wenn die „schwarze Null“ nicht aufgehe? Wenn man nicht mehr liquide sei? Schmeiße man dann die Angestellten hinaus? Das sei nämlich das, was ein Unternehmen in der Regel als Erstes mache, nämlich Personalkürzungen, weil das den schnellsten Effekt zeige, wenn man Kosten einsparen müsse. Oder lasse man die Schule Schöneegg im Halbbau stehen, ohne zu wissen, wie man danach weitermache - weil die Kinder inzwischen woanders hinausgesiedelt worden seien, wo auch Vereinbarungen getroffen worden seien? Lasse man das dann einfach stehen und mache weiter, wenn man wieder könne? Man müsse sich bitte über die Konsequenzen bewusst sein, wenn das Geld tatsächlich ausgehe. Es sei diskutiert worden, dass das allerletzte was man wolle sei, dass es der Stadt so gehe wie einer Gemeinde Seefeld oder einer Gemeinde Matrei (Anmerkung: in Osttirol). Und es gebe sicher noch genug andere, von denen man noch gar nicht wisse. Dass man nämlich irgendwann dastehe und insolvent sei. Was solle man dann machen? Dann bekomme man einen Sanierungsbeauftragten vorgesetzt, der dann wahrscheinlich nicht mehr fragen werde, ob ein Verein für Hall interessant oder wichtig sei, oder ob man da oder dort subventionieren solle. Der nehme den Rechenstift und streiche alle freiwilligen Leistungen der Stadt Hall heraus. Der nehme keine Rücksicht. Das müsse man sich bewusst machen. Das Wasser stehe einem bis zur

„Unterkante Nase“, Derweilen bekomme man noch Luft, aber wenn das ein bisschen nach oben schwappe, etwa weil die Kosten steigen würden, weil Kostenfaktoren auf einen zukämen, welche man nicht kontrollieren könne, weil die Einnahmen deutlich zurückgingen – dann sei man unter Wasser. Jeder wisse, was die Konsequenz daraus sei, wenn man länger unter Wasser sei. Deshalb sein Appell, dass man heute konstruktiv sein und sagen müsse, dass man das Geld jetzt nicht habe und sparen müsse. Wenn der Gürtel enger geschnallt werde, zwicke er, was unangenehm sei und keiner möge. Das Ziel müsse aber sein, 2024 gut zu überstehen. Außerdem würden zum Rechnungsabschluss 2023 noch die Details fehlen. Man wisse nicht, was die Konsequenzen daraus seien. Ob man da „auf dem Budget drauf sei“ und nicht irgendetwas ins Jahr 2024 mitschleppe, was einem wiederum auf den Kopf falle. Zuletzt sei das „Park in“ eine ganz tolle und wichtige Institution. Er habe sich das bezüglich der Zahlen noch einmal angeschaut. Laut Rechnungsabschluss 2022 habe man da EUR 240.000,- ausgegeben. Laut Voranschlag 2023 sei man auf EUR 320.000,- gestiegen. Also EUR 80.000,- mehr. Den genauen Grund dafür wisse er nicht. Im Voranschlag 2024 seien EUR 272.000,- drin. Das seien immer noch EUR 32.000,- mehr als 2022. Gegenüber dem Jahr 2023 sei es faktisch eine Kürzung, aber gegenüber 2022 sei es eine Steigerung, obwohl das wirtschaftliche Profil genau in die Gegenrichtung gehe. Nämlich dass die Leistung insgesamt maßgeblich abnehme. Es sei da wirklich versucht worden, das Bestmögliche herauszuholen, aber das müsse man irgendwann einmal auch zur Kenntnis nehmen und akzeptieren. Es gehe heute nicht darum, jemandem etwas Schlechtes zu tun, sondern zu versuchen, eine Lösung zu finden, welche der Stadt das Überleben ermögliche. Über das solle auch einmal jeder nachdenken und nicht immer auf der Position beharren, dass man das haben müsse, und dass dieses oder jenes gar nicht gehe. Da werde man zu keinem Ergebnis kommen.

StR Neuner kann den Äußerungen von GR Viertel viel abgewinnen. Er habe auf die Uhr geschaut: Man rede jetzt bereits zwei Stunden über das Budget. Ganz ehrlich: Gefühlt würden viele hier um den heißen Brei herumreden, und keiner wolle unpopuläre Entscheidungen treffen. Man habe jetzt eine Notwendigkeit, unpopuläre und schwierige Entscheidungen zu treffen, und dafür sei man auch da. Es sei für ihn kein Thema, jetzt einmal der „Buhmann“ zu sein und zu sagen, man müsse Einschnitte machen. Er betone noch einmal: Die Euro 3 Millionen – gesamt eigentlich 6 Millionen – diese Euro 3 Millionen könne man noch aus den Haushaltsrücklagen nehmen, weil es der Stadt in den letzten Jahren gut gegangen sei. Das müsse man machen. In den letzten zwei Stunden sei – auf was es eigentlich nicht hinauslaufen solle – hin- und hergerufen worden, dass man das und jenes nicht einsparen könne. Um das gehe es nicht. Es gehe darum, Euro 3 Millionen einzusparen. Der Finanzverwalter habe mit seinem Team das Budget objektiv und politisch frei nach bestem Wissen und Gewissen aufgestellt. Für den Gemeinderat bedeute das, diese unpopuläre Entscheidung zu treffen und zu sagen, dass man diese Einschnitte für das nächste Jahr machen müsse, damit die Stadtgemeinde so dastehe, dass man wirtschaften könne. Es kämen jetzt immer nur die Kürzungen vor, es gebe aber auch einige Sachen, die man umsetze. So stimme es nicht ganz, dass man bei den Kinderbetreuungseinrichtungen spare. Nächstes Jahr werde die Schule Schöneegg saniert, welche für ihn auch eine Kinderbetreuungseinrichtung sei. Wenn man mit den Leuten persönlich rede - wie etwa mit Kulturschaffenden, wo man gestern einen Termin gehabt habe, mit dem Geschäftsführer der städtischen Wohn- und Pflegeheime, heute mit dem Obmann der Haller Kaufleute –, so habe er jeweils das Gefühl gehabt, dass Verständnis da gewesen sei, dass dieser Kompromiss bis zu einem gewissen Punkt eingegangen werden könne und dass das verstanden und mitgetragen

werde. Wenn er das ganz falsch verstanden habe, habe er ein schlechtes Bauchgefühl oder eine schlechte Menschenkenntnis. Das solle ja auch nicht die nächsten zehn Jahre so gehen. Er hoffe schon, dass der „Turnaround“ dann auch wieder geschafft werde. Man rede jetzt seit zwei Stunden über einzelne Positionen, der Sinn solle aber sein, ob dieses Budget beschlossen werde oder nicht.

Bgm. Margreiter ersucht Vbgm. Hackl – zumal es ihm unangenehm sei, dass es offenbar Äußerungen gebe, welche nicht an sein Auge gelangt seien –, die Stellungnahme noch einmal vorzulesen, welche von der Kulturinitiative zu diesem Voranschlag mitgeteilt worden sei.

Vbgm. Hackl will dieses Schreiben gerne zur Kenntnis bringen und verliest dieses:

*„Sehr geehrter Bürgermeister, lieber Christian,
sehr geehrte Gemeindevertreter:innen,*

bezugnehmend auf den aufliegenden Budgetentwurf für 2024 möchten wir zu den geplanten Kürzungen im Kulturbereich Stellung nehmen. In diesem Entwurf ist vorgesehen, langjährig in und für die Stadt Hall tätige Kulturschaffende durchgehend um 50% zu kürzen. Das betrifft unter anderem sämtliche Theaterprojekte wie die Haller Gassenspiele, Das Theater Szenario, das Theater im Sudhaus im Lobkowitz, das Kulturlabor Stromboli, die Galerie St. Barbara, das Literaturfestival Sprachsalz und den BurgSommerHall. Alle diese Einrichtungen sorgen seit Jahrzehnten für ein aktives und reges Kulturleben der Stadt Hall. Ein vielfältiges kulturelles Angebot für alle Generationen und unterschiedliche Interessens-Gruppen, für Einheimische und Gäste, zeichnen unsere Stadt aus. Dazu gehören Festivals genauso wie partizipative Projekte unter Einbindung der Haller Bevölkerung, die Kulturarbeit mit Kindern und Jugendlichen genauso wie Kulturarbeit für Erwachsene, die Förderung heimischer Künstler:innen genauso wie nationale und internationale Impulse. Die Kulturstadt Hall ist für ihre Vielfalt weit über die Stadt- und Landesgrenzen hinaus bekannt. Die vielseitige Kulturlandschaft trägt wesentlich zur Lebensqualität, zur Zukunftsfähigkeit und zur demokratischen Verfasstheit unserer Gemeinde bei.

Die geplanten Kürzungen würden all dies aufs Spiel setzen. Für die meisten von uns würde dies das Ende bedeuten. Einige wären nicht einmal mehr in der Lage, die Fixkosten (darunter die Mieten an die HallAg) zu bezahlen. Die meisten Projekte wären nicht mehr durchführbar oder müssten drastisch reduziert werden, sofern dies zum jetzigen Zeitpunkt überhaupt noch schadlos möglich ist. Neben fix gebundenen Ausgaben wie Infrastruktur- und Personalkosten gibt es auch vertragliche Verpflichtungen, die das Programm betreffen (unser Planungshorizont liegt teilweise bis zu drei Jahre im Voraus). Wir bitten auch zu bedenken, dass Vereinsvorstände mit ihrem privaten Vermögen haften, auch wenn der Verein unverschuldet in finanzielle Schwierigkeiten kommt.

Obwohl die Subventionen der Stadt Hall trotz der enorm hohen Inflation der letzten Jahre nie erhöht wurden, was de facto einer Kürzung gleichkommt, konnten wir uns zumindest immer auf die Fortschreibung der Vorjahres-Subventionen verlassen. Bereits jetzt arbeiten wir unter prekären Bedingungen und können keine weiteren Einschnitte mehr verkraften.

Die geplanten Einsparungen, die unsere Arbeit betreffen, betragen rund 170.000 Euro. Das sind gerade mal 0,3% des veranschlagten Gesamtbudgets. Selbst ohne die Kürzungen würde unser Anteil nur einen sehr geringen Prozentsatz darin ausmachen. Wir möchten an dieser Stelle auch darauf hinweisen, dass durch weitere Subventionsgeber und die von den Haller Kulturbetrieben erwirtschafteten Eigenmittel wesentlich mehr Geld in die Stadt gebracht wird als diese in den Kulturbereich investiert.

Die minimale Einsparung steht in keinem Verhältnis zu unserer jahrzehntelangen Aufbauarbeit, die damit mit einem Schlag zunichte gemacht würde. Wir appellieren daher dringend an alle politischen Verantwortlichen, diesem Budget nicht zuzustimmen und den Kulturbereich nicht nur nicht zu kürzen, sondern im Gegensatz mit ausreichenden, der aktuellen Lage entsprechenden, Mitteln zu bedenken.

*Forum Kultur Hall
Plattform zeitgenössischer Kulturvereine in Hall*

BurgSommerHall, Galerie St. Barbara, Haller Gassenspiele, KleinKunstHall, Kolpingbühne Hall, Kulturlabor Stromboli, KUNSTtransPORT, Saitenspiele, Sprachsalz, Theater im Sudhaus, Theater Szenario“

Bgm. Margreiter verliert den Antrag mit dem Hinweis, dass mit Ausnahme der heute vorgetragenen keine Einwände erhoben worden seien.

Beschluss:

Der Antrag wird mit 13 Stimmen gegen 2 Ablehnungen (GR Henökl, Ersatz-GR Hanel) und 6 Enthaltungen (Vbgm. Schmid, GR Hinterholzer, GR Pfohl, Ersatz-GR Schatz, GR Katzengruber, Ersatz-GR Schramm) mehrheitlich genehmigt.

*Bgm. Margreiter kommt zum **Antrag zur Errichtung eines Topfs zur zusätzlichen Subventionierung konkreter Projekte von Vereinen**. Dieser Topf solle mit EUR 136.000,- dotiert werden; Mittel aus Konto 1/369000-728000 Veranstaltungen, Stadtfest (EUR 36.000,- sodann gekürzt auf EUR 0,-), sowie Konto 1/853030-614900 Instandhaltung von Gebäuden und Bauten (EUR 200.000,- reduziert damit auf EUR 100.000,-). Das verstehe sich als Grundsatzbeschluss, welcher in der nächsten Gemeinderatssitzung dann beschlossen werden müsste.*

Vbgm. Schmid hat eine Verständnisfrage zum Thema „Sanierung von Wohnraum/ leistbarem Wohnraum“. Bezüglich der Notwendigkeit habe sie schon etwas gesagt. Bei der Stadtfest-Haushaltspost handle es sich ja um das Mittelalterfest „Freudenfeuer“. Dafür seien EUR 36.000,- vorgesehen, was viel Geld sei. Sei das nicht schon alles organisiert und seien die Künstler nicht schon gebucht? Komme es da zu Stornozahlungen bzw. Abschlagszahlungen? Sei das geprüft worden?

GR Sailer kann das nicht mit Sicherheit beantworten. Er wisse nur, dass etwa 80% der Mitwirkenden an Bord seien und wieder ein dreitägiges Fest geplant sei, welches im Wesentlichen der Stadthistoriker verantworte. Es sei in diesem Zusammenhang auch ein Theaterprojekt geplant worden – eine kurze Komödie auf einem Theaterwagen, welcher durch die Stadt fahre -, welches ohne weiteres gestrichen werden könne.

Bgm. Margreiter betont neuerlich, dass es sich hier um einen Grundsatzbeschluss und nicht um eine Entscheidung handle, zumal man das nicht auf der Tagesordnung habe. Es handle sich um eine grundsätzliche Erklärung, ob der Gemeinderat mehrheitlich diese Vorgangsweise begrüßen würde.

GR Viertl möchte dazu auch etwas Grundsätzliches sagen. GR Sailer müsse das zwar erst prüfen, aber wie könne man davon ausgehen, jemanden buchen zu können, ohne dass das Budget dafür schon freigegeben sei? Könne das der Finanzausschuss in diesem Fall ohne den Gemeinderat machen?

Vbgm. Schmid antwortet, dies liege in der Kompetenz des Stadtrates und sei bereits beschlossen worden.

StR Tilg möchte noch einmal grundsätzlich klären, was da jetzt bestimmt werden solle. Das Wichtigste sei, dass die Stadt dynamisch bleibe und wirtschaften könne. Deshalb hätten sie dieses Budget auch mitbeschlossen. Ansonsten hätte man mindestens ein bis drei Monate gehabt, wo man fast handlungsunfähig gewesen wäre bzw. die Entscheidungskraft alleine beim Bürgermeister gelegen wäre. Da wäre das Vereins- und Kulturleben völlig ins Stocken geraten. Mit dem jetzigen Grundsatzbeschluss gewährleiste man, dass man auch weiterhin die Vereine, die Kultur und das Kulturleben aufrechterhalten wolle und auch müsse. Wenn man jetzt zusätzlich EUR 136.000,- zur Verfügung stellen wolle, sei das ein grundsätzlicher Beschluss. Man könne dann ja immer noch Abänderungsanträge stellen oder von woanders her noch mehr Geld holen, sodass man weiterhin mit Nachtragskrediten arbeiten könne. Es habe ja nicht einzig und allein Hall ein Problem mit dem Budget, das sei ein überregionales Problem, ein Landesproblem. Das Wichtigste sei, weiterhin handlungsfähig zu bleiben. Die gegenständliche sei die einzig konkrete Lösung gewesen, welche man heute gehört habe. Sie hätten sich schon Gedanken gemacht, aus welchen Töpfen man vorzeitig das Budget für die Haller Kultur erweitern und auch weiterhin Vereine fördern könne. Andere Vorschläge habe es nicht gegeben, das seien mehr oder weniger populistische Hirngespinnste gewesen.

GR Viertl möchte wissen, ob der Beschluss dann automatisch auch beide Positionen betreffe, wenn man ihn fasse? Also das Fest und die Sanierung, oder könne man diese getrennt betrachten?

Aus Sicht von StR Tilg könne man weitere Posten auch noch aufbrechen.

GR Viertl bringt vor, es handle sich um einen Beschluss - könne man das dann faktisch trennen?

StR Tilg und Bgm. Margreiter bestätigen dies.

Bgm. Margreiter fährt fort, der Ausschuss werde das im Detail auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen haben. Jetzt gehe es um einen Grundsatzbeschluss, ob man sich mit diesem Thema grundsätzlich befassen solle.

Beschluss:

Der Grundsatzbeschluss wird mit 12 Stimmen gegen 7 Ablehnungen (Vbgm. Schmid, GR Hinterholzer, GR Pfohl, Ersatz-GR Schatz, StR Schramm-Skoficz, GR Katzengruber, GR Viertl) gegen 2 Enthaltungen (GR Henökl, Ersatz-GR Hanel) mehrheitlich genehmigt.

Bgm. Margreiter möchte abschließend darauf hinweisen, dass Hall nicht stehenbleiben und einschlafen werde. Es werde natürlich weitergehen. Auch seien die 50%, die jetzt einmal feststehen würden, ja „nicht nichts“. Das sei eine Position, mit der man durchaus arbeiten könne. Das gelte auch für weitere Budgetpositionen. Das werde nicht das Ende der Fahnenstange sein, sondern man werde sich je nach Entwicklung der Situation in vermehrter Form mit entsprechenden Nachträgen auseinandersetzen müssen.

zu 7. Polytechnische Schule - Antrag auf Bewilligung der Stilllegung der Polytechnischen Schule

ANTRAG:

Die Stadtgemeinde Hall in Tirol stellt bei der Bildungsdirektion Tirol den Antrag, die Polytechnische Schule Hall in Tirol gemäß § 66 in Verbindung mit § 68 Tiroler Schulorganisationsgesetz 1991 mit Ablauf des 31.08.2024 stillzulegen.

BEGRÜNDUNG:

Aufgrund des schlechten Bauzustandes ist die Schule Schönegg einer Komplettsanierung zu unterziehen. Die Arbeiten sind ab Herbst 2024 für eine Dauer von ca. 18 Monaten geplant.

Für diesen Zeitraum soll die Volksschule Schönegg (ca. 200 Schüler) in den Räumen der Polytechnischen Schule untergebracht werden. Nach Gesprächen mit der Bildungsdirektion Tirol und der Marktgemeinde Wattens zeichnet sich als Lösungsansatz eine interimistische Unterbringung der Haller Polytechnischen Schule in der Polytechnischen Schule Wattens ab.

Für die Zeit der Sanierung des Gebäudes der Volksschule Schönegg wird die Polytechnische Schule Hall in Tirol stillgelegt und dafür der Schulsprengel der Polytechnischen Schule Wattens entsprechend erweitert.

Im Ergebnis kommt die geplante Vorgehensweise einer „Fusion“ der beiden Polytechnischen Schulen gleich, da eine solche „Fusion“ jedoch gesetzlich nicht vorgesehen ist, muss eine solche Zusammenführung über die vorübergehende Stilllegung einer der beiden Schulen erfolgen.

Lt. § 68 des Tiroler Schulorganisationsgesetzes 1991 ist für die Stilllegung ein Antrag an die Bildungsdirektion zur Bewilligung der Stilllegung der Polytechnischen Schule Hall zu stellen.

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

zu 8. Musikschule - Zusatz zur Fördervereinbarung mit dem Land Tirol

ANTRAG:

Mit dem Land Tirol wird der beiliegende „Zusatz zur Fördervereinbarung“ über die Förderung der Personalkosten für den Leiter und die Lehrpersonen der Städtischen Musikschule abgeschlossen.

BEGRÜNDUNG:

Die Personalkostenförderung für die Städtische Musikschule ist im 3. Abschnitt des Tiroler Musikschulgesetzes geregelt. Demnach kann das Land Tirol den Erhaltern sonstiger Musikschulen Zuschüsse zum Personalaufwand für den Leiter und die Lehrpersonen gewähren. Bei Einhaltung diverser Fördervoraussetzungen (u. a. bei Einhebung eines Schulgeldes in gleicher Höhe wie an Landesmusikschulen) kann die Personalkostenförderung bis zu 50 % betragen.

Mit Gemeinderatsbeschluss vom 15. Dezember 2020 wurde eine Fördervereinbarung mit dem Land Tirol über die Personalkostenförderung der Städtischen Musikschule auf die Dauer von drei Jahren abgeschlossen.

Im Wesentlichen beinhaltet die Fördervereinbarung die Anzahl der Dienstposten und die Höhe der Personalkostenförderung. Es werden 26 Dienstposten inkl. Schulleitung gefördert.

Die Personalkosten des Leiters der Musikschule der Stadt Hall in Tirol werden analog zu jenem eines Leiters einer größtmäßig vergleichbaren Landesmusikschule gefördert. Eine allfällige höhere Einstufung des Leiters hat die Stadtgemeinde selbst zu tragen.

Normkalkulation zum Zeitpunkt 01.01.2020 für einen vollen Dienstposten im Leiterbereich € 83.764,39 (einschließlich Leiterzulage und Dienstgeberbeiträge, jedoch ohne Mehrdienstleistungsvergütungen, Kinderzulage und Jubiläumsszuwendungen).

Normkalkulation zum Zeitpunkt 01.01.2020 für einen vollen Dienstposten im Lehrerbereich: € 70.181,72.

Die jährliche Fördersumme beträgt 50 v. H. der Normkalkulation das sind € 919.150,-- jedoch maximal 50% der Ist-Kosten zweckgewidmet für den Leiter und die Lehrer der Musikschule sowie maximal € 1,2 Millionen.

Dieser Vertrag wurde auf die Dauer von 3 Jahren abgeschlossen und ist daher mit 01.01.2023 abgelaufen.

Derzeit bestehen seitens des Landes Tirol Überlegungen zu einer Überführung der Musikschule der Stadt Hall in eine Landesmusikschule. Verhandlungen und eine tatsächliche Überführung in eine Landesmusikschule könnten lt. Land Tirol bis zum 01.01.2025 abgeschlossen sein.

Um weiterhin einen Zuschuss zum Personalaufwand für den Leiter und die Lehrkräfte erhalten zu können, wurde der Fördervertrag um 2 Jahre verlängert.

Zusammengefasste Wortmeldungen:

Bgm. Margreiter erläutert die Hintergründe des vorliegenden Antrages.

GR Viertl erwähnt die angeführten Budgetkosten für Personal. Seien das Jahresbruttogehälter?

Bgm. Margreiter bestätigt, dass dies die angesetzten Personalkosten seien, also die Jahresbelastung. Brutto gerechnet zzgl. der Lohnnebenkosten. Dies werde auf Grund der Fördervereinbarung zu 45% vom Land gefördert. Das sei zu bisher ein unveränderter Zustand.

*Auf die Frage von GR Viertl, ob es für das Gebäude eine weitere Förderung gebe, antwortet Bgm. Margreiter, dass dies nicht vorgesehen sei. Es gebe für das Gebäude keine Förderung, ebenso nicht für das Verwaltungspersonal. Diese Kosten würden die Stadtgemeinde als Privatschülerhalter zu 100% treffen. Je nach Schüleranzahl werde das auf Grund eines gesonderten Vertrages mit den Sprengelgemeinden auf diese anteilig weiterverrechnet und überwält. Für die Haller Schüler*innen betreffe das alleinig die Stadt.*

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

zu 9. Antrag von FPÖ Hall vom GR 03.10.2023 betreffend das Einfrieren sämtlicher Gebühren, die im Gebührengesetz 1957 geregelt sind

ANTRAG:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Höhe der Abgaben für hoheitsrechtliche Gebühren, welche im Gebührengesetz 1957 geregelt ist, wird eingefroren.

Des Weiteren sollen weder Parkgebühren erhöht, noch gebührenpflichtige Kurzparkzonen im Stadtgebiet von 6060 Hall in Tirol ausgeweitet werden.

BEGRÜNDUNG:

Die Bundesregierung verkündete am 10.05.2023 im Zuge einer Pressekonferenz weitere Maßnahmen gegen die galoppierende Teuerung. Unter anderem teilte BK Nehammer mit, dass sämtliche Bundesgebühren eingefroren und ein Teil der Gewinnabschöpfung im Energiebereich für die Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.

In Zeiten von Rekordinflation und massiver Teuerung soll die Stadtgemeinde 6060 Hall in Tirol alle Maßnahmen unternehmen, die Kaufkraft der Haller Haushalte zu stärken und nicht durch die Erhöhung von Gebühren, insbesondere Parkgebühren, zusätzlich zu belasten.

Zusammengefasste Wortmeldungen:

Bgm. Margreiter berichtet, der Antrag sei von der FPÖ korrigiert worden auf Gebühren, für welche die Gemeinde zuständig sei.

Beschluss:

Der Antrag wird mit 2 Stimmen (GR Henökl, Ersatz-GR Hanel) gegen 18 Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

StR Tilg war bei der Abstimmung nicht anwesend.

zu 10. Beschluss über eine städtische Auszeichnung

Dieser TOP wird nach TOP 12. unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

zu 11. Personalangelegenheiten

Es liegt kein Antrag vor.

zu 12. Anträge, Anfragen und Allfälliges

12.1.

StR Schatz bringt den **Antrag einer Absichtserklärung vor, das „Park in“ wie bisher im Jahr 2023, weiterhin zu unterstützen**, was ein ganz wichtiges Anliegen von GR Staudinger und von ihr sei. Das habe auch für die Stadt einen großen Mehrwert.

Bgm. Margreiter berichtet, **der beantragte Beschluss laute, dass die Unterstützung und die Subventionen für das „Park in“ in jener Höhe zur Verfügung gestellt würden, wie es im Jahr 2023 im Budget gestanden sei.**

GR Pfohl hat Schwierigkeiten mit diesem Antrag, weil sie als Obfrau des Vereins JAM dann auch gerne etwas einbringen würde. Sie wisse nicht, ob so etwas im Hinblick auf das Budget 2024 im Gemeinderat Platz habe, oder ob man sich das nicht generell noch einmal anschauen müsse. Es gebe ja auch noch andere Einrichtungen, die essentiell für Hall seien. Die eben nicht gekürzt werden sollten und auch davor stünden, nicht das an Subventionen zu erhalten, was sie brauchen würden. Oder die eben auch gekürzt würden, wie z.B. die „Tafel“, welche minus 50% habe. Sie tue sich hart, wie sie den Antrag entscheiden solle.

Bgm. Margreiter antwortet, der Antrag stehe da und man könne sich entscheiden, wie man es für richtig empfinde. Wenn man der Meinung sei, weitere Anträge zu stellen, könne man das tun.

Vbgm. Schmid betont, genau das sei der Grund, warum das Budget nicht fertig sei. Was sei mit der „Tafel“? Was sei mit den Sportvereinen? Den Heimen? Was sei mit der Schulsozialarbeit, über welche man eigentlich schon lange geredet habe? Was sei mit den Wohnungssanierungen? Gebe es noch Förderungen vom Bund? Was sei mit Hall-West? Die Kinderbetreuungsplätze würden vorne und hinten nicht reichen. Sie wisse nicht, wo sie anfangen und wo aufhören solle. Und natürlich dürfe man das „Park in“ „niemals nie“... Die im Budget enthaltenen Einschränkungen würden ja nichts anderes bedeuten, als dass die Öffnungszeiten reduziert würden. Das gehe natürlich nicht. Aber man könne auch nicht der „Tafel“ das Geld streichen bzw. halbieren. Oder, wenn sie schon dabei sei, den Straubschützen, welche ehrenamtlich „Essen auf Rädern“ ausliefern würden. Sie habe da sehr viele Beispiele. Bei allem grundsätzlichen Verständnis würden sie das jetzt ablehnen, weil es nicht so einfach funktionieren könne. Sie müsse leider sagen, dass man doch so kein Budget mache.

Bgm. Margreiter erinnert Vbgm. Schmid daran, dass sie ja dabei gewesen sei, als das Budget beschlossen worden sei. Man könne jetzt sagen, dass es anders besser gewesen wäre, usw. Man könne dem vorliegenden Antrag zustimmen oder nicht.

GR Viertl möchte anmerken, dass immer gesagt werde, dass man den einen 50% streiche, oder dass man das andere unbedingt brauche, oder dass andere Großartiges leisten würden. Er würde gerne einmal Kennzahlen sehen. Was bedeute es, wenn man beispielsweise für die „Tafel“ 50% streiche? Hätten die im letzten Jahr doppelt so viele Leute bewirtet, oder sei vielleicht nur die Hälfte oder ein Drittel gekommen? In irgendeiner Form müsse man das einmal mit objektiven Kriterien ausstatten, um eine vernünftige Entscheidung treffen zu können. Dass etwas wichtig sei, sei ja jedem klar. Man müsse aber den Effekt irgendwie messbar machen. Wenn bei der „Tafel“ statt 100% nur mehr 70% der Leute seien, lasse sich für ihn eine Kürzung um 50% eher rechtfertigen, als wenn man doppelt so viele Leute habe, die man bedienen solle. Er würde sich da konkrete Kennzahlen wünschen und nicht Begriffe, die schwammig seien. Er wolle jetzt nicht „populistisch“ sagen, obwohl ihm das auf der Zunge gelegen sei.

Bgm. Margreiter sieht genau darin die Aufgabe der Ausschüsse. Es handle sich hier nun um einen Antrag unter „Allfälliges“, was bedeute, dass dieser in einer weiteren Gemeinderatssitzung behandelt werde. Der Antrag werde dem Ausschuss zur Behandlung zugewiesen.

Ersatz-GR Hanel wendet sich an GR Viertl. Dieser habe ja gerade zuvor bereits eine Entscheidung getroffen. Zum Thema Kennzahlen für die „Tafel“ hätten wohl alle mitbekommen, wie es mit der Teuerung ausschaue. Da zu fragen, ob dort doppelt oder dreifach Leute bewirtet worden seien, könne wohl nicht ernst gemeint gewesen sein. Die Kisten würden für alle Leute jeden Samstag kleiner werden. Sie seien die einzigen, die etwas dafür tun würden. Das sei in Wahrheit so. Sie seien die einzigen, die regelmäßig Spendenaktionen durchführen würden. Und dann höre man, das sei Populismus. Das sei nicht in Ordnung.

GR Schirak möchte sich zur aufgeworfenen Frage äußern, wo man anfangen und wo aufhören solle. Man fange an bei einem Topf für die Kultur, man fange an beim „Park in“. Das klinge für ihn schon nach einem gewissen Plan. Das sei für ihn ein Beginn.

Ersatz-GR Schramm äußert, sie könne sich Vbgm. Schmid nur anschließen.

12.2.

*GR Sailer möchte den Gemeinderat und alle Hallerinnen und Haller zum Neujahrstreffen am 6.1.2024 einladen. Wer beim letzten Neujahrstreffen dabei gewesen sei, habe mitbekommen, dass dies keine Weihefestspiele für den Bürgermeister seien und keine Weihefestspiele für eine bestimmte Partei, sondern dass sich der Gemeinderat, der Stadtrat, die politischen Mandatäre der Bevölkerung präsentieren würden. Zudem sei es eine Art Kulturförderung, weil Ensembles auftreten würden, die eine kleine und bescheidene Gage bekämen. Die tollen Musiker*innen der Musikschule würden schon seit Wochen proben. Das werde eine tolle Geschichte. Sie seien mit Feuereifer dabei und er freue sich immer, wenn man die jungen Musiker*innen präsentieren könne. Das sei eine tolle Gelegenheit. Nebenbei sei es eine kleine Vereinsförderung, der Männergesangsverein übernehme wieder die Bewirtung und könne das, was er erlöse, für sich als Vereinsförderung mitnehmen. Eine kleine Wirtschaftsförderung sei es auch, weil zwei Haller Unternehmer die Beleuchtung bzw. als Filmer wieder die Schnitte machen würden - um einen kleinen Preis. Für ihn sei das kein hinausgeworfenes Geld.*

12.3.

*GR Pfohl bringt folgende **Umbesetzung** ihrer Gemeinderatspartei für den **Sportausschuss** ein: Sportausschuss-Mitglied werde Manuela Pfohl statt Mirjam Markl-Wagnleithner; Ersatz-Mitglied werde Mirjam Markl-Wagnleithner statt Manuela Pfohl.*

12.4.

GR Bucher-Innerebner möchte alle Bürgerinnen und Bürger in Hall einladen, an der Online-Umfrage unter dem Titel „Wie zufrieden sind Sie mit dem regionalen Busverkehr?“ teilzunehmen. Das Thema befinde sich aktuell auf der Homepage und im Newsletter. Ebenfalls werde in der Stadtzeitung darauf hingewiesen. Sie würde alle bitten, teilzunehmen. Man bekomme daraus wertvolle Daten, welche im Ausschuss wieder beraten werden könnten. Das sei eine tolle Möglichkeit, das Feedback von den Leuten zu bekommen. In letzter Zeit habe es ja viele Schwierigkeiten gegeben. Sie ersuche auch, das weiterzusagen. Sie würde sich freuen, wenn alle teilnehmen würden.

12.5.

*StR Tilg hat eine **Anfrage** betreffend den eingebrachten **Antrag zur Umstellung des Taxi-Gutscheinsystems** auf ein App. Es habe da im Ausschuss ja schon die positiven Beschlüsse gegeben. Er wolle sich über den Status quo erkundigen. Soweit er wisse, seien sämtliche Taxiunternehmen über dieses Vorhaben bzw. über die App bereits informiert worden und seien teilweise schon umgestiegen. Das würde unter anderem auch den Verwaltungsaufwand erleichtern und wiederum Ausgaben reduzieren.*

Bgm. Margreiter antwortet, seines Wissens werde das noch dem Finanzausschuss zugewiesen und dort behandelt.

StR Tilg sieht hier nur eine „Verwaltungsgeschichte“, die Umstellung koste die Stadt ja nichts. Das sei zweimal im Verkehrsausschuss behandelt worden, der Digitalisierungsausschuss habe es auch schon besprochen. Man habe gesagt, man warte bis September, bis es eine haptische Lösung für diese App gebe. Diese liege nun vor. Der Antrag sei bereits im Juni gestellt worden. Deshalb die Frage; er sei der Meinung gewesen, das werde ab September umgestellt.

Bgm. Margreiter entgegnet, dann werde man das wohl in den nächsten Gemeinderat geben.

GR Bucher-Innerebner bestätigt die Behandlung im Verkehrsausschuss. Dann sei es in den Gemeinderat gekommen und dann wieder in den Raumordnungs- und Verkehrsausschuss zurückgegangen. Sie hätten zweimal darüber abgestimmt und seien sich zweimal einig gewesen, dass man das wolle. Das sei ihr letzter Stand der Dinge.

12.6.

*Bgm. Margreiter stellt den **Antrag, die Öffentlichkeit zu TOP 10. auszuschließen.***

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

Im Anschluss wird TOP 10. behandelt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, schließt Bürgermeister Dr. Margreiter die Sitzung um 19:44 Uhr.

Der Schriftführer:

Der Bürgermeister:

StADir. Dr. Bernhard Knapp eh.

Dr. Christian Margreiter eh.

Die Protokollunterfertiger:

Vbgm. Schmid eh.

GR Staudinger eh.



Niederschrift über die 17. Sitzung des
Gemeinderates am 12. Dezember 2023

L E E R S E I T E